

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4196/4198



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 2 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckverlag: Cephalos

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe letzterste 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders verordnet. G. G. (Abdruck) für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 8. Mai 1930

Der unzerstörbare Block.

Die Sozialdemokratie von heute.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Im Gebälk der bürgerlichen Parteien knistert und kracht es. Nicht nur die Deutschnationalen befinden sich in schwerer Krise, auch beim Rest der Demokratischen Partei zeigen sich die Zersetzungerscheinungen, die ein Kennzeichen der Auflösung alter Zusammenhänge und Ideologien sind. Was jetzt an Plänen und Projekten zur Verschmelzung vorhandener in umfassendere neue Parteien auftaucht, ist von vornherein mit dem Fluch der Hoffnungslosigkeit behaftet. Das bürgerliche Parteiwesen der Vergangenheit kennt zahlreiche solcher Auflösungen und Verschmelzungen, die immer wieder zu neuer Zersetzung führten. "Nationale" und "Liberale" sind daran gleicherweise beteiligt.

Diesmal ist von der allgemeinen Erschütterung nicht einmal der Zentrums-turm verschont geblieben, von der schwankenden Erscheinung der kommunistischen Partei ganz abgesehen, die durch lärmende Kundgebungen nur ihre innere Schwäche zu vertuschen sucht.

In dieser Zeit der Spaltungs- und Zerfallserscheinungen kommt das neueste Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit seinem umfassenden Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht für 1929 heraus. Ein flüchtiger Blick in diesen Band zeigt jedem, der Augen hat zu sehen, dass in der Sozialdemokratie die Partei der Gegenwart und der Zukunft wirkt, dass sie in ihrer inneren Geschlossenheit und ihrer immer umfassender werdenden Organisation Hort der Demokratie und Hoffnung des Kommenden zugleich ist.

Einzig in ihrer Art ist die politische Organisation der Sozialdemokratie: In 33 Bezirksverbänden konnte sie am Schluss des letzten Jahres nicht weniger als 1 021 777 zahlende Mitglieder buchen. Das bedeutet gegenüber dem gleichen Termin des Jahres 1928 einen Gewinn von rund 84 416 Mitgliedern. Die Gesamtzahl setzte sich aus 803 442 Männern und 218 335 Frauen zusammen, die sich auf 9544 Ortsvereine verteilen. Nicht weniger als 628 Ortsvereine wurden in dem einen Jahre neu gegründet !

Mehr noch als die absoluten Zahlen der Mitgliedschaft und der Unterorganisation zeigt die Stetigkeit ihres Wachstums die innere Stärke und die unbesiegbare Werbekraft der sozialistischen Bewegung. Man vergleiche nur diese wenigen Ziffern :

Es wurden gezählt am Beginn des Jahres

1926:	806 268 Mitglieder	in	7967 Ortsgruppen
1927:	823 520	"	" 8230 "
1928:	867 671	"	" 8462 "
1929:	937 381	"	" 8916 "
1930:	1 021 777	"	" 9544 "

Das bedeutet also in vier Jahren einen Zuwachs von 1577 Ortsgruppen und 215 509 Mitgliedern !

In den bürgerlichen Blättern klingt oft das Entsagungslied von der angeblichen Überlebtheit des Parteiwesens. Das sind Klänge aus einer uns unbekannter Welt. In der Sozialdemokratischen Partei pulsiert regstes Leben und herrscht unverwüstlicher Zukunftsglaube. Deshalb der Opfermut der zahllosen Funktionäre, der Arbeiter im Schacht und auf dem Felde, im Bureau und im Fabriksaal, deshalb die gewaltige Arbeit, die bei jedem Wahlkampf immer wieder mit voller Hingabe und Selbstverleugnung des Einzelnen geleistet wird.

Wahlkämpfe sind Prüfsteine für die Kraft der Parteien. Aber sie sind es nicht allein. Ebenso wichtig ist die dauernde Sicherung der Schlagkraft durch "Ordnung der Finanzen". Wer das beschämende Schauspiel kennt, wie die "Generalsekretäre" und "Wahlkreisgeschäftsführer" der bürgerlichen Parteien vor jedem Beginn der Wahlagitation Bettelbriefe an Industrielle und sonst Zahlungsfähige schreiben, wie sie ihre Bettelbesuche bei den Generaldirektoren und Aufsichtsräten machen müssen, immer den Popanz der "sozialistischen oder marxistischen Gefahr" vor sich hertragend, der schaut um so bewundernder auf die Sozialdemokratische Partei mit ihren geordneten Beiträgen, ihren gesicherten Kassen und der bezaubernden Selbstverständlichkeit, mit der der Sozialist in Bluse oder Uniform seinen Beitrag für die gemeinsame Sache leistet. Auch hier nur wenige Beispiele: Der durchschnittliche Beitragssatz für männliche Mitglieder beträgt 20 Pfg., für weibliche 10 Pfg. die Woche. Dazu kommt noch vierteljährlich ein Sonderbeitrag für die Internationale zum Durchschnittspreis von 15 Pfennig.

Aus diesen Beiträgen setzen sich die wesentlichen Einnahmen der Partei zusammen. Allein aus den regelmässigen Wochenbeiträgen vereinnahmte die Partei in den Jahren

1926: 4 542 800,84 Mark

1927: 5 359 708,70 "

1928: 6 522 992,49 "

1929: 7 261 604,55 "

Das sind, wie nochmals hervorgehoben sei, die reinen Einnahmen aus den regelmässigen Wochenbeiträgen. Dazu kommen noch Sonderbeiträge wohlhabenderer Parteigenossen, Sammlungen bei Wahlen usw., so dass die Gesamteinnahmen noch wesentlich höher sind.

Kann nicht jeder sozialistische Arbeiter stolz darauf sein, zu seinem Teile an dem grossen Bau mitgeschaffen zu haben? Wo in aller Welt, wo besonders in Deutschland ist die politische Organisation, die auf eine so stetige Entwicklung, auf eine so treue und umfassende Mitgliedschaft blicken könnte; wie die Sozialdemokratie Deutschlands! Begreift man jetzt das zage Wort des volksparteilichen Führers Scholz, dass ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht in Deutschland regiert werden könne?

Mehr noch: Die Stärke der Sozialdemokratie spiegelt sich nicht nur in Mitgliederzahlen und Mitgliederbeiträgen wieder. Sie wurzelt tief in allen demokratischen Institutionen der Republik. Zählt sie doch nicht nur im Reichstag 152 und in den verschiedenen Landtagen insgesamt 532 Vertreter. Sie zählt ausserdem in 1372 Städten 9057 Stadtverordnete, in 9416 Landgemeinden 37 709 Gemeindevertreter, ferner 947 Bürgermeister, 353 hauptamtliche Stadträte, 1109 Gemeindevorsteher, 4373 Kreistagsabgeordnete und schliesslich in den Provinziallandtagen 445 Vertreter.

So ist die Partei der Arbeit verwurzelt in allen Teilen des Landes. So fusst sie mitten im Verfassungsleben der Gegenwart, gleichgiltig ob sie im Reich in Opposition steht oder mitregiert. Sie ist aus dem politischen Leben einfach nicht wegzudenken oder wegzudisputieren. Sie erfüllt ihre historische Mission an jedem Orte und in jedem Bezirke. Sie arbeitet für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Gegenwart und bereitet dadurch immer wieder den Schritt in die Zukunft vor, die morgen Gegenwart und bald wieder Vergangenheit sein wird. Die Sozialdemokratie ist, das zeigt ihr umfassender

Rechenschaftsbericht aufs Neue, der einzige sichere Faktor in der grossen Rechnung der deutschen Politik. Sie ist die Hoffnung der Jugend, Schrittmacher und Wegweiser zu einer lichtvolleren Zukunft: Ohne sie und gegen sie kann in Deutschland nicht regiert werden. Wer es trotzdem versuchen wollte, würde auf die Dauer einen Kampf gegen Windmühlen führen.

SPD. Oberammergau, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Vor 5 200 geladenen Gästen aus ganz Bayern und zum Teil auch aus dem Reiche eröffnete am Donnerstag Oberammergau mit der Hauptprobe die Pforten seines Passionsspieles 1930. Den ganzen Tag über regnete es in Strömen und fast bis zur Talsohle herunter reichte der Neuschnee. Die Berge lagen hinter dichten Nebelschleiern verhüllt, sodass die ganze landschaftliche Schönheit nicht zum Ausdruck kam. Das drückte auf die Stimmung und die Menschen stiessen und ärgerten sich in den Lokalen des für den Fremdenstrom wohl gerüsteten schmücken Gebirgsdorfes. Im neuen Gewande zeigte sich auch der Theaterbau. Die Gemeinde stellte für die Erweiterung der Zuschauerräume und für den Neubau der Freilichtbühne nicht weniger als eine Million Mark zur Verfügung. Eine weitere Million Schulden wurde gemacht, für Verbesserung der Wohnungen und Befriedigung anderer Ansprüche des modernen Reisepublikums. Nach fünfmonatiger Spielzeit sollen mindestens diese Schulden gedeckt sein.

Der Text des religiösen Vorspiels ist bewusst der alte geblieben. Er stammt von verschiedenen mittelalterlichen Passionsspielen her und ist infolgedessen nach dramatischen Gesichtspunkten voll von Schwächen und Mängeln. Wesentlich jünger ist die Musik. Sie ist erst 100 Jahre alt und fliesst liebenswürdig und untermalend dahin in hundertfachem Anklang an Haydn und Mozart. So ist es wohl selbstverständlich, dass der achtstündige Spielverlauf keine szenerischen Spannungen und keine dramatischen Höhepunkte bringt und eine ergreifende Wirkung im wesentlichen nur jene Zuschauer packt, die in religiöser Gebundenheit die Passion Christi miterleben. Diesen mag auch die Darstellung durch die Oberammergauer Laien auf den Leib zugeschnitten sein, die in der Gesamtorganisation zweifellos eine respektable ist. Von den einzelnen Leistungen überragt alle anderen weit die Figur des Christus, zum ersten Mal gespielt von Alois Lang, der in Gestaltung, Darstellung und Vortragskunst schauspielerische Qualitäten in sich vereint. In den Erwartungen enttäuschen aber die Volksszenen. Sie wirken meist wie ein mechanisch bewegtes lebendes Bild und vermögen auf die Zuschauer nichts von der Leidenschaft zu übertragen, von der uns die Historie des neuen Testaments von den Kämpfen des erregten Volkes zu Jerusalem beim Erlösertod des Galliläischen Meisters zu erzählen weiss. Harmonische Wirkungen gehen dagegen vielfach vom Chor aus, da Text und Musik im Sinne alter Mysterienspiele an manchen Stellen zu wirklich künstlerischer Einheit verschmolzen sind.

Müde und abgespantet verlässt man abends um sechs Uhr die Theaterhalle der 5 000, um im Trubel der Masse rasch wieder den Anschluss an die Leiden der gegenwärtigen Menschheit zu gewinnen.

SPD. Das Reichskabinett hat seine Entscheidung über das Ostprogramm um 8 Tage auf den kommenden Mittwoch verschoben. In der Zwischenzeit sollen die einzelnen Ressorts die strittigen Fragen soweit bereinigen, dass am Mittwoch endlich ein endgültiger Beschluss möglich ist,

Vorläufig sind jedoch alle Fragen noch offen. Bis jetzt ist entgegen der amtlichen Verlautbarung über das Ergebnis der Mittwoch-Sitzung des Kabinetts nicht einmal eine grundsätzliche Einigung über das Ostprogramm erzielt worden. Nach wie vor stehen sich die Ansichten und Auffassungen über die Hilfsaktion im Osten krass gegenüber. Umstritten ist vor allem die Frage der Umschuldung.

Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung der kurzfristigen Personalschulden, die in eine verbilligte langfristige Hypothek umgewandelt werden sollen. Für diese Hypothek soll, nach einem freiwilligen Vergleich mit den Gläubigern (Akkord), ein sogenannter Ablösungsschein ausgestellt werden. Bis zu diesem Punkt verspricht die Umschuldungsaktion Erfolg. Sie wird die hoffnungslos überschuldeten Betriebe natürlich nicht retten können, aber überall dort, wo die Betriebsführung gesund ist und wo die Schwierigkeiten ausschliesslich aus der drückenden Zinslast herrühren, wird sie einem Teil der Landwirtschaft im Osten Hilfe bringen können. Darin ist sich wohl auch das Kabinett einig. Bedenklich erscheint einem Teil des Kabinetts u.W. aber, dass der Reichsernährungsminister Schiele für die Ablösung eine besondere Bank, die sogenannte Ablösungsbank gründen will. Diese Ablösungsbank soll eine Tochtergesellschaft der Rentenbank-Kreditanstalt werden. Mit dem Augenblick, wo diese Gründung in Erscheinung tritt, erhält die Rentenbank-Kreditanstalt auch das in Kürze erlöschende Recht, weiterhin das Personalkreditgeschäft zu pflegen, das Aufgabe der Preussenkasse ist. Man kommt, wenn man den Ideen Schieles folgt, nicht nur zu einer Überorganisation im landwirtschaftlichen Bankwesen, die sich ohne Zweifel bald in einer Verteuerung des landwirtschaftlichen Kredits bemerkbar machen wird, sondern man würde die Bedeutung eines Instituts, eben die der Rentenbank-Kreditanstalt stärken, die von den Landbündlern und Grossagrariern als ihre eigentliche Machtposition angesehen wird. Das bedeutet eine Erweiterung des grossagrarisches Einflusses auf dem Gebiet des Kreditwesens. Bei einigen Mitgliedern des Reichskabinetts ist immerhin so viel volkswirtschaftlicher Überblick vorhanden, dass sie die von Schiele und den Grossagrariern gewollte Entwicklung nicht wünschen.

Auf dem Gebiet der Umschuldung gibt es auch insofern äusserst widerstrebende Meinungen, als Schiele unter dem Einfluss des Landbundes nicht davor zurückschreckt, bei der bevorstehenden Aktion selbst berechtigte Wünsche der gewerblichen und der industriellen Betriebe in den östlichen Notstandsgebieten hinter die Interessen des Grossgrundbesitzes zurückzusetzen. Verschärft wird der ganze Konflikt durch einen Programmpunkt der Ostaktion, der durchweg auf Schieles Initiative zurückzuführen ist und der dem Ostprogramm den grossagrarisches Stempel aufdrückt. Wir meinen damit die Frage der Besitzfestigung und Besitzerhaltung. Schiele denkt sich die Regelung so, dass auch Betriebe, die nicht mehr unter die Umschuldung fallen, eine Beihilfe erhalten sollen und zwar im Betrage von 10 % des Wertes. Für diese Beihilfe kommen vorzugsweise überschuldete Grossbetriebe in Frage. Sie werden mit dieser Beihilfe nicht mehr zu retten sein und das Reich wird in den meisten Fällen wohl das Nachsehen haben. Das Geld für diese Beihilfen wird zum grössten Teil à fond persu gegeben und das dürfte zu einer empfindlichen Schädigung des Reiches führen, wenn nicht eine genaue Kontrolle einsetzt. Diese unparteiische Kontrolle wollen der Landbund und Schiele aber verhindern. Deshalb geht Schieles Bestreben dahin, die preussische Regierung bzw. die Preussenkasse, die sich in den einzelnen Wirtschaftsbezirken im Laufe der letzten Jahre einen Stab von vorzüglich geschulten unparteiischen Landwirten herangebildet hat, auszuschalten. Schiele will die Gewährung der Beihilfen von den örtlichen und provinzialen Kreditausschüssen abhängig machen, weil der Landbund dort die Majorität hat. Sie werden die Beihilfen zweifellos nicht nach dem Gesichtspunkt zur Verfügung stellen, ob mit dem Geld dieser oder jene überschuldete Betrieb noch gerettet werden kann, sondern es werden hemmungslos Subventionen gegeben. Das bedeutet, dass Staatsgelder im Interesse des Prestiges des Reichslandbundes und unter politischer Rücksichten verplempert werden. Die ganze Subventionspolitik Schieles tritt hier so nackt und so krass in Erscheinung, dass ein Teil des Kabinetts vor seinen Plänen zurückschreckt und nicht glaubt dafür die Verantwortung vor dem Volke übernehmen zu können. Hier liegt der Konfliktstoff, der einem Kompromiss im Kabinett vorläufig im Wege steht.

Der Konflikt hat in den letzten Tagen zweifellos politischen Charakter er-

halten. Reichskanzler Brüning hat in der Abwehr der Schieleschen Pläne sicherlich die moralische Entrüstung unseres Volkes hinter sich, die aufflammen wird sobald man über die Tragweite der Schieleschen Pläne und über die nackte Interessentenpolitik der Landbündler klar sieht. In Landbündlerkreisen rechnet man jedoch damit, dass Brüning unter allen Umständen am Ruder bleiben will, dass er zu diesem Zweck Schiele notwendig hat, er deshalb in diesen Auseinandersetzungen klein beigegeben wird und zwar ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlich denkenden Kreise im Zentrum.

SPD. Weimar, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag verabschiedete am Donnerstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, nach Ablehnung sämtlicher von der Opposition eingebrachten Abänderungs- bzw. Streichungsanträge, die Steuergesetzesentwürfe der Regierung Baum-Frick. Ein grosser Teil dieser Gesetze bedeutet für die arbeitenden Massen neue Belastungen. Ausser der Mietzinssteuererhöhung ist u. a. eine Kopfsteuer vorgesehen, die jede über 20 Jahre alte in Thüringen ansässige Person jährlich mit 6 Mark belastet.

SPD. Hannover, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Der kürzlich seines Amtes enthobene deutsch-nationale Landrat Kleine-Leer hat die vor wenigen Tagen von dem sozialdemokratischen "Volkswillen" in Hannover gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als "glatt erlogen" bezeichnet. Dieser Feststellung wurde in der bürgerlichen Presse hinzugefügt, dass das sozialdemokratische Kreistagsmitglied des Kreises Leer L. Thelemann der von Kleine erstrebten Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 22 000 Mark zugestimmt habe. In der Donnerstag-Ausgabe des Hannoverschen "Volkswillen" äussert sich Thelemann in einem längeren Artikel zu der Angelegenheit, dem wir folgendes entnehmen :

"Landrat Kleine, Leer, stellt in der Presse die absolut unwahre Behauptung auf, der Kreisausschuss habe ihm als Dienstaufwandsentschädigung für die Zeit vom Mai 1926 ab die Summe von 22 000 Mark bewilligt und ihm ausserdem 8000 Mark als Abschiedsgeschenk zugesagt. Ich muss dem Landrat Kleine mit denselben Worten erwidern, die er bezüglich des Artikels im "Volkswillen" gebraucht, nämlich dass diese Behauptung glatt erlogen ist. Von den Zahlen 22 000 und 8000 Mark z. B. habe ich zum ersten Male aus der Presse erfahren! Ich muss ferner zur Ehre aller Kreisausschussmitglieder sagen, dass sie alle Versuche des Landrates, sich auf Kosten des Kreises zu bereichern, abgelehnt haben.

Im Mai 1926 hatte der Kreisausschuss eine Landstrassenbereisung im Königsmoor. Tief im Moor traf es sich, dass ich mit dem Landrat Kleine allein zusammenkam. Nach allgemeinen Klagen darüber, dass es für ihn sehr hart sei, wenn er wegen seines Alters in 4 bis 5 Jahren abgehen müsse, äusserte er, dass er jetzt versuchen wolle, mit seinem Gehalt als Staatsbeamter auszukommen und den Betrag für seine Dienstaufwandsentschädigung zurückzulegen, damit er nach seinem Ausscheiden aus seinem Amt eine Summe zur Verfügung habe. Ob ich damit einverstanden sei, wie er es dem Kreisausschuss vorzuschlagen beabsichtige, dass dies Geld - er schlage vor 30 000 Mark - vom Kreis auf ein besonderes Sparsbuch angelegt werde. Auf meine Frage, warum dazu 30 000 Mark erforderlich seien, rechnete mir Herr Kleine vor, dass die Dienstaufwandsentschädigung vorher 2400 Mark, jetzt 3600 Mark betrage und sich vielleicht auf 4800 Mark erhöhen würde. Das würde so etwa für die ihm noch bevorstehenden Dienstjahre 30 000 Mark ausmachen; es schade aber nicht, wenn diese Summe etwas zu hoch gegriffen sei, die Restsumme verbliebe ja immer dem Kreise. In der nächsten Kreisausschusssitzung legte Landrat Kleine das nachstehende, selbstgeschriebene

Schriftstück zur Unterzeichnung mit dem Hinweis vor, dass er ja mit den einzelnen Kreisausschussmitgliedern die Sache besprochen habe. Ich hatte nach der vorhergegangenen Besprechung mit Herrn Kleine keine Bedenken, dies Schriftstück zu unterzeichnen, da ich sein Vorgehen, wie er es mir darstellte, für korrekt halten musste.

Abschrift.

Nr. 3390 Kr.

Leer, den 14. Mai 1926.

Beschluss.

Der Kreis zahlt für den Landrat bei der Kreissparkasse auf Sparbuch den Betrag von 30 000 Mk. ein. Der Landrat verzichtet auf den ihm zustehenden Dienstaufwand.

Übernimmt der Landrat auf seinen Wunsch oder mit seinem Einverständnis ein anderes Amt, so verbleibt das Sparbuch dem Kreise. Letzterer zahlt aber dem Landrat in diesem Falle nachträglich den bis dahin ihm zustehenden Dienstaufwand nebst Zinsen.

Der Beschluss vom 10. Juni 1925 betr. Zahlung einer Pension an den Landrat wird hierdurch aufgehoben.

(Unterschriften sämtlicher Kreisausschussmitglieder.)

Landrat Kleine hat dann in der letzten Kreisausschusssitzung, als er sich verabschiedete, gesagt: "Wir müssen heute den Beschluss über die Verwendung der 30 000 Mark fassen. Ich schlage vor, für den neuen Landrat für die $1\frac{1}{2}$ Jahre, die ich noch hätte im Dienst bleiben können, 5400 Mk. abzusetzen, und dann über die Restsumme zu verfügen." Darauf wurde er vom Kreisausschuss gebeten, uns zur Beratung dieses Punktes allein zu lassen. Landrat Kleine fragte, was das zu bedeuten hätte, ging hinaus, kam aber sofort wieder herein und erklärte: über die ihm rechtlich zustehende Dienstaufwandsentschädigung von etwa 12000 bis 13 000 Mark brauchten wir nicht zu beraten; die verlange er, und wenn ihm die vorenthalten würden, würde er klagbar vorgehen. Der Kreisausschuss beschloss, dem Landrat die ihm rechtlich zustehende Dienstaufwandsentschädigung zu bewilligen, aber zuvor noch bei der Regierung anfragen zu lassen, ob das Geld ohne Kreistagsbeschluss ausgezahlt werden dürfe. Ausdrücklich wurde dann beschlossen, dem Kreistag vom Reichsausschuss weiter nichts vorzuschlagen. Der Kreisausschuss, der heute noch aus den gleichen Personen besteht, die 1926 den Beschluss gefasst hatten, hat sich ausdrücklich geweigert, die Gesamtsumme auszuführen, die inzwischen auf 38 000 Mk. angewachsen ist."

Es ist nach alledem nicht zu bestreiten, dass der deutsch-nationale Landrat Kleine versucht hat von dem Kreis Leer einen Betrag zu erhalten, der über die ihm rechtmässig zustehende Summe um rund 25 000 Mark hinaus ging.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte am Dienstag auf Antrag der Sozialdemokratie die erste Baurate für den Panzerkreuzer B ab. Gegen die Baurate stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und die Zentrumsabgeordneten Ersing und Schlack. Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und der Zentrumsabgeordnete Perlitius. Alle übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter stimmten für die erste Rate.

Vor der Abstimmung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Keil: "Über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Panzerschiff B ist kaum noch etwas zu sagen. Wir lehnen den Bau dieses Schiffes ab, der von der Regierung einschliesslich des Herrn Reichswehrministers nicht beantragt worden ist. In der Erklärung des Reichswehrministeriums ist nun die Position für den Panzerkreuzer, die vom Reichsrat eingesetzt wurde, nachdem er von einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung dazu ermuntert worden war, in Zusammenhang gebracht worden mit der Frage der Aufstellung eines Schiffbauersatzplanens."

Wenn das frühere Kabinett beschlossen hat, ein solches Programm aufzustellen

len, so hat es damit dem Beschluss des Reichstags vom 8. Juni 1929 entsprochen. Die Feststellung dieser Tatsache durch den Minister wäre vielleicht richtiger gewesen, als der Hinweis darauf, dass der Kabinettsbeschluss mit Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister gefasst worden sei. Auch für den Inhalt des Programmes waren durch den Reichstagsbeschluss bereits Richtlinien aufgestellt. Der Beschluss lautete, umgehend ein auf lange Sicht abgestelltes Bauprogramm vorzulegen, der die Bereitstellung der Mittel für ein langfristiges Bauprogramm unterstellt.

Selbst wenn der Kabinettsbeschluss dahingeht, dass das auf längere Sicht gestellte Bauprogramm auch den Ersatz der Linienschiffe erhalten soll, so erscheint es uns doch sehr zweifelhaft, ob damit eine prinzipielle Zustimmung zum Bau dieses Schiffes ausgesprochen ist. Die Aufstellung eines Bauprogrammes auf lange Sicht, das vor allem auch der Deckungsfrage nicht aus dem Wege geht, kann an sich zweckmässig sein.

Vom Standpunkt einer stabilen Etatsgestaltung aus kann es nur erwünscht sein, zu wissen, mit welchen Ausgaben auf eine längere Zeit von Jahren hinaus gerechnet werden muss. Anregungen dieser Art sind ja auch schon für andere Aufgabengebiete gegeben worden, zum Beispiel für Kanalbauten."

Der Abg. Dr. Hertz (Soz) wies darauf hin, dass durch verschiedene Erklärungen von Abgeordneten der Regierungsparteien in der Debatte der Eindruck hervorgerufen worden sei, als ob die gegenwärtige Stellung der Sozialdemokratie als Oppositionspartei sich in Widerspruch befände zu ihrer Haltung innerhalb der Regierungskoalition. Als Vertreter der Sozialdemokratie bei den interfraktionellen Verhandlungen des Vorjahres stelle er fest, dass eine solche Auffassung durch den Inhalt der damaligen Verhandlungen - und er habe an allen teilgenommen - nicht berechtigt sei: "Es ist - so fuhr Hertz fort - von der Sozialdemokratie niemals eine Zusage für die Bewilligung von Mehrforderungen im Wehretat gegeben worden. In Gegenwart der sozialdemokratischen Vertreter wurde überhaupt nicht darüber verhandelt. Falls die übrigen Koalitionsparteien dem Reichswehrministerium eine derartige Zusage gegeben haben, so kann das nur in Verhandlungen geschehen sein, die ohne die Sozialdemokraten geführt worden sind. Es ist nicht ohne Bedeutung zu erfahren ob solche Verhandlungen stattgefunden haben."

SPD. Paris, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Voranschlag für das Heeresbudget des Reichswehrministers Groener hat in der französischen Rechtspresse ein ausserordentlich scharfes Echo gefunden. Insbesondere der "Temps" benutzt den Wehretat am Donnerstag zu einem Angriff, von derartiger Schärfe und Aggressivität des Tones gegen Deutschland, wie man ihn seit langem nicht mehr gewohnt war.

Der "Temps" unterzieht die einzelnen Hauptposten des Etats einer eingehenden Betrachtung und gelangt zu dem Ergebnis, dass "das deutsche Kriegsbudget in seiner gegenwärtigen Form einen ausgesprochenen Mangel an Ehrlichkeit aufweist". Man sei zu der Annahme berechtigt, dass zwischen seinen masslos aufgeblasenen Posten Ausgaben verborgen seien, die man nicht öffentlich zugeben könne. Die Tatsache, dass die Vorlage die volle Zustimmung des Finanzministers und des Reichskanzlers gefunden habe, beweise, dass die gesamte Reichsregierung von dem Geiste einer Politik beseelt sei, die man zumindest als verdächtig bezeichnen müsse, und die nicht verfehlen könne, die internationale Öffentlichkeit aufs schwerste zu beunruhigen. Besonders verwirrend sei die Tatsache, dass das gleiche Deutschland, das sich einen so enormen Heeresetat leisten könne, sich ununterbrochen über seine schlechten Finanzen beklage und die Reparationen nur mit grösster Mühe tragen zu können erklärt.

"Selbst Männer, - schliesst der "Temps" seine Attacke - die an den ehr-

lichen Friedenswillen der deutschen Republik zu glauben geneigt sind, werden angesichts dieser Tatsache wankend werden. Das Mildeste, das man darüber sagen kann ist, dass sie nicht danach angetan ist, das Vertrauen wieder zu erwecken."

SPD. Die Erwartung, dass bereits im Haushaltsausschuss des Reichstags eine klare Entscheidung über den Bau des Panzerschiffes B herbeigeführt werde, ist nicht eingetroffen. Zwar ist die Einsetzung der ersten Rate mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt worden. Zu den Neinsagern gehörten 11 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten, 2 Demokraten und 2 Zentrumsabgeordnete. (Ersing und Schlack) Die Jastimmen stellten die Deutschenationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei. Zu ihnen gesellte sich auch der Zentrumsabgeordnete Wegmann, während der vierte Zentrumsabgeordnete Dr. Perlitius sich ebenso wie die beiden Vertreter der Bayerischen Volkspartei enthielten. Aber schon dieser Zerfall der Zentrumsvertretung in drei Teile zeigt, dass man im Zentrum durchaus nicht einhellig den Bau des Panzerkreuzers B ablehnt, und dass ein Druck des Reichswehrministeriums oder gar einer noch höheren Stelle doch dazu führen kann, dass das Zentrum auch dieses Zugeständnis an die Deutschenationalen macht. Damit wird man umso mehr rechnen müssen, als sowohl Herr v. Lindeiner-Wildau als auch Graf Westarp der Entscheidung über den Panzerkreuzerbau weitgehende Bedeutung für die allgemeine Politik beigemessen haben.

Interessant ist, dass das Berliner Organ des Zentrums, die "Germania", die 13 Ja-Stimmen als Stimmen der Rechtsparteien bezeichnet und die positive Abstimmung des Zentrumsabgeordneten Wegmann verschweigt. Der Zwiespalt im Zentrum wird dafür durch Angriffe auf die Sozialdemokratie auszugleichen versucht. Als Unterlage benutzt man die Erklärung des Reichswehrministers Groener. In ihr wurde darauf hingewiesen, dass das Kabinett Müller unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister eine Entschliessung angenommen habe, dass mit dem Etat 1931 ein Schiffsbauersatzplan, der auch den Ersatz der Linienschiffe enthalten sollte, vorzulegen sei. Im Haushaltsausschuss hat bereits der sozialdemokratische Abg. Keil festgestellt, dass dieser Beschluss des früheren Reichskabinetts nichts anderes sei als die Ausführung eines Beschlusses, den der Reichstag im Juni 1929 gefasst hat. Dieser Antrag forderte die Reichsregierung auf, einen Flottenbauplan vorzulegen, zugleich mit einer Deckungsvorlage über die Kosten. Der Beschluss des Reichskabinetts ist nur die Ausführung dieses Reichstagsbeschlusses, ist aber in keiner Weise eine materielle Entscheidung zugunsten des Baues von Panzerschiffen. Der Reichswehrminister Groener hat nicht bestreiten können, dass der Beschluss des Kabinetts nur diese formelle Bedeutung gehabt hat, in keiner Weise aber eine Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau von neuen Panzerschiffen bedeute.

Diesen Sachverhalt wird man umso stärker unterstreichen müssen, als, wie im Haushaltsausschuss am Donnerstag bei anderer Gelegenheit festgestellt wurde, die Regierungsparteien allzuleicht der Versuchung unterliegen, aus der Luft gegriffene behauptungen über die Haltung der Sozialdemokratie aufzustellen. Nur Leichtfertigkeit und Unwahrhaftigkeit können behaupten, dass die sozialdemokratischen Minister der Regierung Müller dem Bau des Panzerschiffes B für das Jahr 1931 positiv zugestimmt hätten.

SPD. Bochum, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie des Ruhrgebiets ergibt folgendes Bild: In 300 grösseren Betrieben wurden insgesamt 1870 Betriebsräte gewählt. Davon buchen der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1294, Die Christlichen 345, Hirsch-Dunker 57, Kommunisten 107, Gelbe 28, Syndikalisten

9 und die Unorganisierten 30 Mandate. Die Kommunisten haben in 25 Betrieben: Listen eingereicht gegen 11 Listen im Vorjahre. Der Erfolg der Kommunisten ist mit 1,7 Prozent gegen 1,5 Prozent des Vorjahres nicht so gross wie ihn die kommunistische Presse ausposaunt. Die Zahl der zu Betriebsräten gewählten Arbeiter ist infolge der starken Belegschaftsverminderungen zurückgegangen.

SPD. New Delhi, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Die schwersten Unruhen seit Beginn des Gandhi'schen Feldzuges gegen die britische Herrschaft ereigneten sich am Mittwoch und Donnerstag in Scholapur, etwa 400 Kilometer östlich von Bombay. Die Zwischenfälle begannen am Mittwoch abend mit einer grossen Demonstration gegen die Spelunken und die Schankstätten wobei es zu schweren Ausschreitungen kam. Die erregte Menge zerstörte den grössten Teil der Likör- und Branntwein-Schankstätten und steckte sechs Polizeistationen in Brand. Um Mitternacht trat vorübergehend Ruhe ein.

Am Donnerstag vormittag begannen Anhänger Gandhis mit der Fällung von Palmbäumen, aus denen der indische Palmwein gewonnen wird. Die Polizei versuchte einzuschreiten. Es gelang ihr jedoch nicht, die Menge zu zerstreuen. Hierauf schossen die Beamten. Zahlreiche Personen wurden getötet und verwundet. Nach einer kurzen Ruhepause kam es am Nachmittag zu einem neuen Zusammenstoss, bei dem die Polizei wiederum von der Schusswaffe Gebrauch machte. Zwei Polizisten fanden den Tod.

Insgesamt sind seit Mittwoch in Scholapur 25 Personen getötet und 120 verwundet worden. Da die Polizei nicht mehr Herr der Lage ist, wurden von den Behörden Truppen angefordert. Das Duce of York-Kavallerieregiment, das in Achmednagar stationiert ist, befindet sich auf dem Wege nach Scholapur. Die Lage wird als überaus ernst betrachtet.

SPD. Sturmzeichen, die alle verantwortlichen Stellen im Reiche aufrütteln müssen, sind die neuen Arbeitslosenziffern. Ihr Ernst ist so furchtbar, dass fast jeder Kommentar dazu eine Abschwächung bedeutet. Die schlimmsten Befürchtungen und Prophezeiungen für das Jahr 1930 sind bereits übertroffen. Das Jahr 1930 ist ein Krisenjahr, ein Jahr mit einer Riesenarbeitslosigkeit, wie sie noch nie da war. Nicht nur im Vergleich zum Vorjahr sind wir auf dem Arbeitsmarkt weit zurück, auch im Vergleich zum Katastrophenjahr 1926 haben wir zur Stunde noch Hunderttausende von Arbeitslosen mehr zu verzeichnen.

Ein furchtbarer Tatbestand, den die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soeben veröffentlicht! Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes ist in der zweiten Aprilhälfte noch langsamer geworden. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichte bei weitem nicht mehr das Ausmass der ersten Aprilhälfte. Zwar ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch weiter, um fast 100 000 zurück, doch entspricht diese Bewegung, deren Ausmass gegenüber der letzten Berichtszeit etwa auf die Hälfte gesunken ist, keineswegs der zu erwartenden jahreszeitlichen Entwicklung; in der zweiten Aprilhälfte des Vorjahres hatte die Versicherung eine Entlastung um rund 354 000 Hauptunterstützungsempfängern erfahren.

Die Zahl der Empfänger von Krisenunterstützung hat erneut, und zwar stärker als in der ersten Aprilhälfte zugenommen. Insgesamt belief sich am 30. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf nahezu 1 761 000 und in der Krisenunterstützung auf über 320 000. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre in der Inanspruchnahme der beiden Unterstützungseinrichtungen, die Mitte April mit rund einer halben Million Hauptunterstützungsempfängern in der Vorjahresebene lag, ist bis Ende April auf drei Viertel Million angewachsen.

Ebenso ungenügend wie die Entlastung der Unterstützungseinrichtungen, ist die des Arbeitsmarktes im ganzen: die Zahl der Arbeitslosen, d.h. der verfügbaren Arbeitsuchenden, die Mitte April bei den Arbeitsämtern mit rund 2 890 000 festgestellt wurde, ist nur um knapp 100 000 auf rund 2 791 000 zurückgegangen und liegt damit um etwa 1 080 000 Köpfe höher als Ende April des Vorjahres. -

Die Aufnahmefähigkeit der Aussenberufe, die einen entscheidenden Faktor im jahreszeitlichen Gesamtbild darstellt, war im allgemeinen sehr gering. Die Landwirtschaft hat die günstige Witterung des Winters weitgehend zur laufenden Durchführung von Arbeiten mit Stammpersonal ausgenutzt. Der Baumarkt forderte nur vereinzelt (Ostpreussen, Bayern) in grösserem Umfange Arbeitskräfte an; im allgemeinen blieben die Schwierigkeiten infolge der öffentlichen Sparmassnahmen und der unsicheren Finanzierungsverhältnisse bestehen. Auch in der Industrie der Steine und Erden konnte daher nur vereinzelt eine bessere Beschäftigung verzeichnet werden.

Das weitere Absinken der allgemeinen Konjunktur zeigt sich vor allem in der Kohlenindustrie; in den Steinkohle- ebenso wie in den Braunkohlebezirken schritt man zu grösseren Entlassungen und zur Einlegung von weiteren Feierschichten. Trotzdem wachsen die Haldenbestände. Entlassungen und Kurzarbeit nahmen auch in fast allen Zweigen des Metallgewerbes und in vielen Teilen der Maschinenindustrie weiter zu. Die Frühjahrsbelebung im Bekleidungs-gewerbe geht offenbar schon ihrem Ende entgegen, doch war in einzelnen Bezirken noch lebhaftere Nachfrage nach Konfektionsschneidern festzustellen.

In vielen Handwerksberufen meldeten sich, wie schon in der ersten Aprilhälfte, junge Kräfte nach Abschluss ihrer Lehrzeit arbeitslos. Im Verkehrsgewerbe waren sowohl die Nordseehäfen wie die inländischen Transportunternehmen schwach beschäftigt und nicht aufnahmefähig. -

Da haben wir also die Bescherung! Die Politik des Herrn Schacht hat sich noch viel schlimmer ausgewirkt, als man vor einem halben Jahre ahnen konnte. Wird man bei den massgebenden Stellen aus dieser traurigen Lehre etwas lernen? Sieht man vielleicht jetzt auch im Zentrum ein, dass die Sozialdemokratie recht hatte, als sie sich sträubte, absolut unzulängliche Versuche zur Lösung des Arbeitslosenproblems mitzumachen? Glaubt die Reichsregierung immer noch, etwa mit dem Kompromissvorschlag Brüning durchzukommen? Nur Leute, die mit Blindheit geschlagen sind, sehen nicht, dass jeder Versuch, den Unterstütztenkreis einzuschränken oder die Leistungen des Arbeitslosenschutzes abzubauen, eine höchst bedenkliche - eine revolutionäre - Situation schaffen muss? Der ganze Streit, wer zu viel belastet ist: die Versicherung, die Gemeinden oder das Reich muss jetzt hinter der elementaren Notwendigkeit der Sicherung eines ausreichenden Arbeitslosenschutzes zurücktreten. Wenn das Reich kein Geld hat, dann muss es eben wie auch ein Privatmann in einem kritischen Fall, an das Vermögen herangehen. Warum nicht eine Erhöhung der Vermögenssteuer? Mittel zur Sicherung der Existenz eines Riesenarbeitslosenheeres müssen beschafft werden. Man darf nicht vergessen, dass Millionen von Menschen seit Monaten gedurft und gehungert und auf das Frühjahr gehofft haben. Ausgemergelt und verschuldet stehen diese Menschen nun vor einer neuen Enttäuschung: sie bekommen keine Arbeit und damit keine Möglichkeit, sich aus dem Elend wieder etwas herauszuarbeiten.

Wird die Reichsregierung den Ernst der Stunde erkennen? Wenn nicht, dann wird das Kabinett Brüning die Verantwortung für sehr Bitteres tragen müssen.

SPD. Dresden, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

In Sachsen hat man wieder eine Regierung, und zwar, wie die bürgerlichen Parteien behaupten, ein "unpolitisches Beamtenkabinett". Da diese Regierung unter der Ministerpräsidentenschaft des bisherigen Präsidenten des Staatsrechnungshofes Schieck von den Nationalsozialisten abhängig ist, kann über ihren wahren Charakter von vornherein kein Zweifel sein.

Der neuen Regierung gehören an: Ministerpräsident Schieck, der gleichzeitig das Volksbildungsministerium übernimmt, der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium Hedrich als Finanz- und Wirtschaftsminister, der bisherige Minister des Innern und Arbeitsminister Richter und der bisherige Justizminister Mansfeldt. Als man sich über die Personenfrage verständigt hatte, erklärte Schieck, dass er das Amt des Ministerpräsidenten annehme.

Unter den obwaltenden Umständen dürfte der Auflösungsantrag der Sozialdemokratie abgelehnt werden, es sei denn, dass die Nationalsozialisten durch die Rechnung der bürgerlichen Parteien entgegen allen Erwartungen noch einen Strich machen.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedete am Donnerstag unter Ablehnung aller Streichungsanträge der Sozialdemokraten den Marine-Etat. Der Etat umfasst 197,3 Millionen Mark Ausgaben bei 3 Millionen Mark Einnahmen.

Als Berichterstatter stellte Abg. Stücklen (Soz.) fest, dass man bei der Marinewerft in Wilhelmshaven und im Arsenal keine Beamte, aber Angestellte abgebaut hat. Die betreffenden Betriebe hätten viel zu viel Beamte. Privatunternehmen würden daran zu Grunde gehen. Die Kosten der Repräsentation der Marine im Ausland seien viel zu hoch. Von 25 500 Gesuchen um Einstellung in die Marine seien in letzter Zeit 6 Prozent berücksichtigt worden.

Reichswehrminister Dr. Groener:

Die Mitglieder des Reichstags wissen, dass ich durchaus kein kritikloser Flottenschwärmer bin, sie wissen aber auch, dass ich den Ersatz unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Etats im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonderen angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschliessung festgelegt wurde, dass mit dem Etat 1931 ein Schiffbauersatzplan, der auch den Ersatz der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. Bei dieser Einstellung war es eigentlich selbstverständlich, dass ich dem Antrage Ostpreussens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorsah, ohne die Endsumme des Marineetats zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichsratssitzung Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative ergreifen oder eine Beeinflussung ausüben. Sie hatte aber auch keinen Anlass, nachdem der Reichsratsbeschluss für Einsetzung einer Baurate vorlag, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Mehrausgabe durch den Beschluss des Reichsrats nicht eintrat und weil die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich der Meinung ist, dass im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneuerung unserer Flotte gesorgt werden muss. Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung dieses Hohe Haus selbst zu treffen. Ich nehme an, dass der Reichstag an seiner früher gefassten Entschliessung auf Vorlage eines langfristigen Planes für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluss der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten.

Der Mitberichterstatter Abg. Ersing (Zt.) erklärte, er bedauere, dass im Reichstag gesagt worden sei, man spare die erste Rate für den Panzerkreuzer B an anderer Stelle des Marineetats ein. Es seien aber gar keine Einsparungen gemacht.

worden, man habe nur die diesjährigen Raten bei den laufenden Bauausgaben um 3 Millionen Mark gestreckt.

Abg. Kuhnt (Soz.) eröffnete die Diskussion mit einer zusammenfassenden Betrachtung über die Frage des Panzerkreuzers B. Auch die Demokraten und das Zentrum müssten heute Farbe bekennen. Die Sozialdemokratie habe sofort mit einem einmütigen und entschiedenen Nein geantwortet. Bei politischer Konsequenz müssten auch die ehemaligen Koalitionsparteien die Mittel für das Panzerschiff ablehnen, weil die Volksnot in diesem Jahre viel grösser sei als in dem Notjahr 1929. Hinter der Zahl von 3 Millionen Arbeitslosen verberge sich ein entsetzliches Elend. Es sei auch nicht wahr, dass die Arbeiter in Kiel und Wilhelmshaven das Bauen von Kriegsschiffen forderten. Diese Werftarbeiter forderten mit Fug und Recht Arbeit, und zwar notwendige gesellschaftliche Arbeit. Die sozialdemokratische Fraktion fordere bei den einzelnen Titeln die Streichung von rund 54 Millionen. Davon entfielen auf das Kapitel Neubauten 33 270 000 Mark. Die deutsche Marine müsse auf eine völlig neue Basis gestellt werden, wenn sie rationell arbeiten solle. Eine Marine, die je vier in Dienst gestellte Linienschiffe und Kreuzer zähle, mit 13 Admiralen, müsse lächerlich wirken. Je mehr der Offizierskörper überspitzt werde, umso mehr würden auch die Kommando- und Verwaltungsstellen übersetzt, und das verschlinge bei der Marine ungeheure Summen.

Am Schlusse seiner Ausführungen nahm Kuhnt zu den politischen Vorgängen in der Marine Stellung, insbesondere zu den Vorgängen auf der Yachtschule in Neustadt. Diese Schule, ein Erbe der skandalösen Lohmann-Unternehmungen, ist im November 1929 in den Besitz des Reichsfiskus übergegangen. Die Erzieher der Schüler, die diese Schule besuchen, sind ausgesprochene Putschisten. Oberleutnant Klintzsch und Kapitänleutnant von Killinger sind Lehrer. Zum Beweise verlas Abg. Kuhnt folgenden Brief, den Ernst von Salomon an seinen Bruder, den Bombenattentäter Bruno von Salomon, geschrieben hat:

"Nach einem guten Frühstück verliessen wir Herrn v. Neergard, Oevelgoenne, um 11 Uhr und gingen nach Neustadt in die Yachtschule. Dort passierte Unglaubliches. Beinahe die ganze Ehrhardt-Brigade prallte zufällig dort zusammen. Klintzsch, Kapitänleutnant von Killinger und, höre und staune, Manfred v. Killinger (Männe) kam frisch importiert aus Sachsen über Berlin in aller Gemütlichkeit an. Klintzsch konnte das zufällige Erscheinen unserer aller gar nicht fassen und behauptete immer wieder: "Kinder, heut passiert bestimmt noch was. Soviel Putschisten auf einen Haufen, da muss doch unbedingt Deutschland gerettet werden." Dies taten dann auch die Herren - in der gemütlichen Villa bei Frau v. Killinger."

Dass diese Schule existieren kann, so schloss Kuhnt, sei ein Beweis dafür, dass der rechte Arm des Wehrministers stärker sei als sein linker.

Reichswehrminister Groener erklärte gegenüber den Kritiken an einem zu hohen Bestand an hohen Beamten, dass er nachdrücklich und rücksichtslos Einsparungen vornehme, wenn sich die Entbehrlichkeit eines Postens herausstelle. Die Zugehörigkeit zu einer Konfession spiele bei der Wehr, acht keine Rolle. Wenn der Abg. Kuhnt die Ansicht vertrete, dass der Etat der Reichsmarine eine "sozialreaktionäre Gesinnung" widerspiegele, so könne man sich nur wundern, dass ein Sozialdemokrat einen Etat, der von vier sozialdemokratischen Ministern und einem sozialdemokratischen Reichskanzler bewilligt worden sei, mit derartigen Bezeichnungen belegt. Zu den kommunistischen Zersetzungsversuchen in der Marine könne er die Versicherung abgeben, dass er fest entschlossen sei, in rücksichtsloser Weise gegen die kommunistischen Infektionsversuche der Wehrmacht vorzugehen. Es werde den Kommunisten nie gelingen, dass die Wehrmacht irgendwie aus der Hand ihrer Vorgesetzten herauskomme.

Admiral Dr. h. c. Raeder: Was die Yachtschule in Neustadt anlangt, so ist diese Schule ein privates Unternehmen, sie ist aus den Lohmann-Unternehmungen hervorgegangen, gehört jetzt zu den Liegenschaften des Deutschen Reiches und ist an die Hanseatische Yachtschule verpachtet. Die Marine hat aber mit diesem Unternehmen nichts zu tun. Die Yachtschule führt die Flagge des Deutschen Seglerverbandes nicht die Marineflagge. Diese Yachtschule wird lediglich aus dem Grunde mit der

Kriegsmarine in Verbindung gebracht, weil viele junge Leute, die zur Marine gehen wollen, glauben, nach einer seemannischen Ausbildung leichter bei der Marine eingestellt zu werden.

SPD. Brüssel, 8. Mai (Eig.Drahtb.)

Der vom Lütticher Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung verurteilte flämische Soldat De Leeuw wurde auf Veranlassung des Justizministers auf freien Fuss gesetzt. Die Anordnung des Justizministers ist als Erfolg der Protestkundgebungen gegen die Verhaftung De Leeuws in den flandrischen Städten zu werten und nicht zuletzt auf die ausserordentlich heftigen Proteste der Sozialisten in der Kammer zurückzuführen.

Die Stimmung im Abgeordnetenhaus war anlässlich des Vorfalles so gereizt, dass die Regierung befürchten musste, bei der für Donnerstag angesetzten Abstimmung über den Misstrauensantrag des flämisch-nationalistischen Abgeordneten Vos in die Minderheit zu geraten. Ausser den Sozialisten standen anfänglich auch zahlreiche flämische katholische Abgeordnete im Begriff, für den Antrag zu stimmen. In dieser Lage entschloss sich die Regierung zur Freilassung De Leeuws. Nur dadurch konnte sie die Annahme des Misstrauensantrages verhindern.

SPD. London, 8. Mai (Eig.Drahtb.)

Die englisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen sind am Donnerstag mittag endgültig gescheitert. Wie Aussenminister Henderson im Unterhaus mitteilte, ist der Zusammenbruch der Verhandlungen darauf zurückzuführen, dass die englische Regierung sich nicht im Stande gesehen hat, die ägyptischen Forderungen hinsichtlich des Sudan anzunehmen.

Der Vorgänger des gegenwärtigen ägyptischen Ministerpräsidenten hatte trotz starker Bedenken die englischen Vorschläge, die auf eine Fortsetzung der englisch-ägyptischen gemeinsamen Herrschaft über den Sudan abzielten, grundsätzlich angenommen. Unter der neuen verfassungsmässigen Regierung Nahas Paschas machten die Aegypter Gegenvorschläge, die zu wochenlangen ergebnislosen Verhandlungen führten. Während über die ägyptischen Gegenvorschläge, soweit sie Aegypten selbst betrafen, Kompromisse in Aussicht standen, wurde es während der Verhandlungen am Mittwoch, die mit kurzen Unterbrechungen von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachts dauerten, immer klarer, dass die Schwierigkeiten hinsichtlich des Sudan grundsätzlicher Natur sind. Die Aegypter bestanden auf der alleinigen Herrschaft über den Sudan, während Henderson für die Aufrechterhaltung des sogenannten Kondominions (der gemeinsamen Herrschaft) eintrat. Von Henderson wurden alle möglichen Versuche gemacht, im Rahmen der Doppelherrschaft den ägyptischen Wünschen so weit als möglich entgegenzukommen. So hatte sich Henderson u.a. bereit erklärt, einen Satz in den Vertrag einzufügen, in dem ausdrücklich betont wird, dass die Doppelherrschaft die ägyptischen Rechte im Sudan nicht einschränke. Da die Aegypter eine ausdrückliche Anerkennung ihres Souveränitätsrechtes über den Sudan forderten und die englische Regierung hiergegen Einspruch erhob, endeten die Verhandlungen schliesslich mit dem Abbruch. Auch die Anregung, die Verhandlungen zunächst um ein Jahr zu verschieben, wurde abgelehnt.

Nahas Pascha sprach sich nach Beendigung der Verhandlungen trotz des Scheiterns des Vertrages in Worten höchsten Lobes über Henderson aus.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Am Donnerstag=Nachmittag fand unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Fraktionsführerbesprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien statt. An dieser Aussprache nahmen die Führer und Haushaltssachverständigen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei, der Christlich=Nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teil.

In der Besprechung herrschte Einmütigkeit darüber, dass mit allen Kräften versucht werden müsse, im Haushaltsplan Ersparnisse zu erzielen und Abstriche vorzunehmen. Ueber die Streichungen politischen und grundsätzlichen Charakters solle vorher eine Einigung erzielt werden.

Die Regierung versprach ihrerseits, den Entwurf eines Ausgabensenkungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften mit tunlichster Beschleunigung vorzulegen.

SPD. New Delhi, 8. Mai (Eig. Drahtber.)

Der indische Freiheitsführer Mahatma Gandhi ist während der Nacht zum Donnerstag von Yeravda nach dem 40 Kilometer von Puna entfernten Militärsanatorium Purandah gebracht worden. Der Grund dieser Ueberführung ist in dem Wunsch der Behörden zu suchen, Gandhi nach einem Platz zu schaffen, der weniger Gelegenheit zu Demonstrationen und Menschenansammlungen bietet. Nach einer offiziellen Mitteilung wird Gandhi in dem Militärsanatorium "unter den angenehmsten Bedingungen" leben.

SPD. Essen, 8. Mai (Eig. Drahtber.)

Für die Metallindustrie Nordwest ist am Donnerstag in den Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften in der Kündigung des Rahmentarifs eine klare Situation geschaffen worden. Die Arbeitgeber erklärten, dass sie die vom Deutschen Metallarbeiterverband und von der Hirsch=Dunckerschen Organisation ausgesprochene Kündigung als zu Recht bestehend anerkennen. Daraufhin gab der Christliche Metallarbeiterverband die Erklärung ab, dass er sich überstimmt fühle und die Kündigung als gegeben betrachte.

Bei den Verhandlungen, in die auch die Lohn = und Arbeitszeitfragen einbezogen wurden, obwohl die in Frage kommenden Verträge noch bis September laufen, wurde zunächst das Problem Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit angepackt. Der DMV und die Hirsch=Dunckerschen forderten die 48stündige Arbeitswoche. Sie betonten, es sei nicht angängig, dass auch jetzt noch über 160 000 Arbeiter eine Arbeitszeit von 52 bis 57 Stunden hätten. Mit der Beseitigung der Mehrarbeit über 48 Stunden werde man einem Teil der Arbeitslosen wieder den Weg zum Arbeitsprozess öffnen. Dadurch würden auch die den Unternehmer -nach seinen Angaben mit 2,4 % der Lohnsumme - belastenden Mehrausgaben für die Mehrarbeit wegfallen. Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag ab. Sie empfahlen, wie im Fall des Stahlwerks Becker, einen Abbau der Akkordlöhne vorzunehmen. Sie fanden damit bei den Vertretern des DMV und des Hirsch=Dunckerschen Gewerksvereins jedoch keinen Anklang. Den Gegenschachzug des DMV, die Angestelltengehälter von 20 000 Mark an aufwärts, mit 20 % beginnend, abzubauen, beantworteten die Arbeitgeber mit der Forderung, diesen Gehaltsabbau mit dem Lohnabbau zu verknüpfen.

Die Verhandlungen wurden nach drei Stunden abgebrochen. Sie werden in der übernächsten Woche vom Schlichter Professor Brahn weitergeführt.

SPD. Paris, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der italienische Botschafter in Paris hat dem Quai d'Orsay am Donnerstag mitgeteilt, dass die Ratifikation der Haager Abkommen durch den italienischen König am 5.Mai vollzogen worden ist. Die Ratifikationsurkunde dürfte am Freitag vormittag am Quai d'Orsay eintreffen, wo dann sofort der feierliche Akt der Dponierung aller vier Ratifikationsurkunden - der englischen, belgischen, französischen und italienischen - vorgenommen werden wird.

Durch die Ratifikation Italiens ist die letzte Bedingung zur endgültigen Ingangsetzung des Young-Planes und der Internationalen Zahlungsbank erfüllt. Man hofft, dass der am Montag zusammentretende Verwaltungsrat der Bank beschliessen wird, die Bank bereits am 15.Mai offiziell ins Leben treten zu lassen. Die vorbereitenden technischen Arbeiten dazu wurden von der Konferenz der Schatzämter der beteiligten Mächte, die am Donnerstag nachmittag in Paris zu Ende ging, so gut wie abgeschlossen. Über die meisten Fragen wurde eine Einigung erzielt. So wurde insbesondere für die Reparationsobligationen ein Zinssfuß von 5½ Prozent beschliessen, und zwar bei Festsetzung des Emissionskurses auf 95 Prozent bei einer Amortisationsdauer von 35 Jahren. Offen blieb noch die Frage der Verteilung der emittierten Obligationen auf die einzelnen Staaten. Man hofft in Pariser unterrichteten Kreisen, dass auch der noch strittige Punkt bis zum Zusammentritt der Reparationsbank geklärt wird.

SPD. Wien, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

In unterrichteten Kreisen verlautet, dass Vizekanzler Vaugoin die Nachfolge Seipels als Führer der Christlich-sozialen Partei antreten wird. Der Vorstand der Christlich-Sozialen, der sich am Donnerstag mit der Frage beschäftigte, kam noch zu keinem Entschluss.

SPD. London, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Bergbauminister Ben Turner wird aus Gesundheitsrücksichten demnächst demissionieren. Als sein Nachfolger ist der Abg. Attlee, der gegenwärtig als Mitglied der Indienkommission tätig ist, in Aussicht genommen.

SPD. Frankfurt, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Zustand des sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtags: Markwald hat sich am Donnerstag weiter gebessert. Unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht mehr. Auch seine Frau befindet sich ausser Lebensgefahr.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Deutsche Botschafter in Moskau von Dirksen, der zu dienstlichen Besprechungen in Berlin weilte, ist am Donnerstag nach Moskau zurückgekehrt mit dem Auftrage zur Weiterführung der politischen Verhandlungen, deren Schwergewicht bisher in Berlin lag. Er wird diese Verhandlungen mit der Sowjetregierung in den nächsten Tagen aufnehmen.

Wie der "Soz.Pressedienst" erfährt, dürften die Besprechungen Anfang Juni zu Beginn der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes abgeschlossen sein.

SPD. Genf, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Sicherheitsausschuss des Völkerbundes hat am Donnerstag seinen Schlussbericht mit einer Entschliessung an die Völkerbundversammlung über die Verkehrsregelung der im Dienste des Völkerbundes stehenden Flugzeuge, sowie den Konventionsentwurf und einen Begleitbericht über die finanzielle Hilfeleistung an angegriffene Staaten zu Ende beraten und genehmigt. Die Frage, ob der Völkerbund auch eigene Verkehrsflugzeuge anschaffen soll, wogegen sich u.a. auch die deutsche Delegation aussprach, ist offen gelassen worden. Im übrigen übernahm die Völkerbundversammlung die Vorschläge der Internationalen Kommission für Luftschiffahrt, sodass die Staaten von ihren Souveränitätsrechten nicht viel preisgeben brauchen. Sie behielten sich vor, jedem Flugzeug eines anderen Landes oder jedes Flugzeug mit einem fremden Piloten, auch wenn es im Dienste des Völkerbundes fliegt, das Überfliegen des eigenen Staatsgebietes zu untersagen, verpflichteten sich jedoch einstimmig, die dadurch aufgehaltenen Passagiere (Delegierte oder Kuriere des Völkerbundes) so rasch als möglich an die Grenze zu befördern.

Die Gewährung der finanziellen Unterstützung an einen Staat für den Fall einer Bedrohung durch Krieg kann nach den Mehrheitsbeschlüssen des Ausschusses erfolgen, wenn ein Staat die Kriegsverhütungsmassnahmen des Völkerbundes ablehrt oder sie nicht berücksichtigt und der andere Staat die finanzielle Unterstützung des Völkerbundes anruft. Die deutsche, kanadische, italienische und japanische Delegation verfochten demgegenüber einen Antrag - der auch an die Völkerbundversammlung geleitet wird - dass im Kriegsbedrohungsfalle der Völkerbundsrat den am Konflikt beteiligten Staaten nur mitteilen soll, dass er dem angegriffenen Staate finanzielle Unterstützung gewahren würde. Wichtig ist, dass die Konvention mit der in Aussicht stehenden Abrüstungskonvention verbunden werden soll; d.h. die eine Konvention soll nicht vor der anderen in Kraft treten. Damit wird man auf die Verhandlungen der Abrüstungskommission einen gewissen Druck ausüben.

Am Freitag wird der Sicherheitsausschuss noch den Konventionsentwurf für die Verstärkung der Kriegsverhütungsmittel zu Ende beraten. Seine Session ist damit beendet.

SPD. Paris, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Stadt Vinh in Tonking (Indochina) kam es vor zwei Tagen zu einem schweren Aufstand, der 24 Personen das Leben kostete. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Nähere Einzelheiten über die Zwischenfälle liegen noch nicht vor.

SPD. Die Berliner Demokratische Stadtverordnetenfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit den gegen den demokratischen Stadtrat Katz im Zusammenhang mit den Grundstücksaffären erhobenen Beschuldigungen. Katz gab im Verlauf der Sitzung folgende Erklärung ab :

"Ich erkläre der Fraktion, dass die gegen mich in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe jeder Grundlage entbehren und dass ich niemals meine ehrenamtliche Tätigkeit zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile missbraucht habe. Ich bin überzeugt, dass die Untersuchung, die nach meinem Wunsche so eingehend wie möglich geführt werden soll, die völlige Haltlosigkeit aller Beschuldigungen ergeben wird. Bis zur restlosen Aufklärung werde ich mich selbstverständlich jeder politischen und, soweit es mit meinen Pflichten vereinbar ist, jeder kommunalen Tätigkeit enthalten."

SPD. Weimar, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

In einer nationalsozialistischen Versammlung sprach am Mittwoch-Abend der bekannte Mordhetzer Dr. Arnold Ruge über den "Geist der Befreiungskriege". Ruge, der wegen Aufreizung zur Ermordung des Privatsekretärs Bauers vom Münchener Volksgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und dem man das Vorlesungsrecht an den deutschen Universitäten entzog, soll - wenn es nach dem Putschisten Frick geht - ordentlicher Professor der Universität Jena werden. Frick war in der Versammlung seines Gesinnungsfreundes Ruge anwesend.

SPD. Madrid, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Regierung will nach amtlichen Verlautbarungen Putschplänen des Innenministers der Regierung Primo de Rivera auf die Spur gekommen sein. Angeblich sollte der Putsch bereits in der Nacht zum Donnerstag durchgeführt werden. Die Führer des Putsches, zwei Generäle, wurden verhaftet. Vorerst hat sich die Regierung über die angeblichen Absichten, die mit dem Putsch verfolgt wurden, noch nicht geäußert. Sie hüllt sich überhaupt in der ganzen Affäre in Schweige

SPD. Die deutsche Delegation für die am Montag in Genf beginnende Rats- tagung steht unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Curtius. Der Reichsaussenminister nimmt zum ersten Male an einer Tagung des Völkerbundsrats teil.

SPD. Bochum, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen über Verkürzung der Sperrfrist für die vom Bochumer Verein beabsichtigte Entlassung von 600 Arbeitern endeten mit einem mehr als mageren Ergebnis. Am 15.Mai werden 500 Arbeiter entlassen.

SPD. Leipzig, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Leipziger Stadt verordnetenversammlung lehnte am Donnerstag sämtliche Anträge auf Amtsenthörung des Polizeipräsidenten Fleissner ab. Die Anträge waren wegen der blutigen Ereignisse am Ostersonntag gestellt worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Verein für das Deutschtum im Ausland.

SPD. Zwei Berliner Studienräte sind ihres Amtes entsetzt worden und sehen ihrer disziplinarischen Bestrafung entgegen. In den Aufsätzen ihrer Schüler fanden sich rechtsradikale Kraftphrasen und Beschimpfungen der Republik. Ganz im Stile jener Agitation, die von Stahlhelm und Nationalsozialisten betrieben wird. Die Einstellung beider Studienräte geht daraus hervor, dass sie sich für das Hugenbergsche Zuchthausbegehren eingetragen haben. Der eine von ihnen ist aktives eifriges Mitglied im Verein für das Deutschtum im Auslande. Er soll in diesem Verein sehr geschätzt sein. Das gibt zu denken. Der Verein für das Deutschtum im Ausland erfreut sich offiziöser Unterstützung, er trägt seine Propaganda in die Schulen und er sammelt für seine Zwecke Gelder von der Schuljugend. Es hat mehrfach sehr unliebsame Vorfälle bei diesen Sammlungen gegeben!

Der Verein für das Deutschtum im Ausland ist gegen jede Kritik sehr empfindlich, er versichert auf das eifrigste, dass er mit Chauvinismus und Nationalismus nichts zu tun habe. Nun findet sich im Aprilheft der Zeitschrift des Vereins das folgende Gedicht :

Wer hinterm Ofen seufzt und flennt,
Den können wir nicht brauchen.
Ins Feuer, das zum Himmel brennt,
Lasst uns das Eisen tauchen.

Das Eisen, das als Siegfrieds Schwert
Hell blitzen soll im Maien
Damit wir unserer Väter wert,
Das Land vom Feind befreien.

Wenn das kein Chauvinismus ist! Der Verein für das Deutschtum im Ausland hätte dies Gedicht Herrn Frick zur grossen Konkurrenz für die thüringischen Schulgebote einreichen können! Man wird angesichts dieser Dinge die Tätigkeit des Vereins noch stärker als zuvor mit grosser Aufmerksamkeit und wachem Misstrauen beobachten müssen !

Die Käsestimmen.

Als am 14. April das Kabinett Brüning um seine Existenz bangte, spielten die bayerischen Bauernbündler, geführt vom Abg. Gandorfer, die traurigste Rolle. Sie hätten feierlich geschworen, als wackere Urbayern gegen die Biersteuererhöhung zu stimmen, aber dann waren Geschäftchen mit ihnen gemacht worden und sie fielen um. Es gab eine unwürdige Szene. Gandorfer und seine Mannen hielten in der rechten Hand die weisse Jakarte, in der Linken die rote Neinkarte, es fehlte nur noch, dass sie die blaue Enthaltungskarte in den Mund gesteckt hätten. Vor ihnen stand der Nationalsozialist Göbbels und redete erregt auf sie ein. Dann stimmten sie für das Kabinett und die Biersteuer.

Herr Gandorfer behauptet nun, Herr Göbbels habe während dieser Szene ihm erklärt: "wenn Ihr gegen das Kabinett stimmt, zahle ich Euch 1 000 Mark." Er behauptet es so, dass die Öffentlichkeit glauben soll, Göbbels habe im Ernst für 1000 Mark die Stimmen der bayerischen Bauernbündler kaufen wollen, und er merkt nicht, welch blutiger Hohn darin liegt! 1000 Mark - eine Masse Geld! Im Reichstag erzählte man nach der Abstimmung, ein einziges Fass Bier sei der Kaufpreis für diese Stimmen gewesen! Aber es war weder Freibier noch waren es

1000 Mark, mit denen diese Stimmen eingehandelt wurden. Es war ein Käsegeschäft Herr Gandorfer sollte nicht zu laut vom Stimmenkauf reden! Mit der Preistreiberei für Allgäuer Weichkäse mit Hilfe von Reichsmitteln sind damals die Stimmen der Bauernbündler für das Kabinett Brüning eingehandelt worden. Schiele - Held Gandorfer, Käse en gros - es war das unwürdigste Geschäft, das die Regierung Brüning gemacht hat. Dagegen wirkt das 1000 Mark-Angebot des Herrn Göbbels noch geradezu als hochmoralisch!

Rechtsbeugende Richter.

Der Leibrechtsanwalt des Herrn Hitler ist der Münchener Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II. Er ist zugleich Vorsitzender des nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes in München. Der Rechtsanwalt Frank hat gegenüber dem neuen Republikenschutzgesetz im "Völkischen Beobachter" das folgende erklärt :

"Unsere Richter werden das Gesetz zum Schutz der Republik in seinen Folgen nicht weniger schwächen wie unsere Rechtsanwälte."

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Frank unterstellt also, dass nationalsozialistische Richter nicht Recht sprechen, sondern aus politischen Gesichtspunkten heraus urteilen zum Zwecke der Schwächung und Durchbrechung des Gesetzes. Er unterstellt, dass nationalsozialistische Richter rechtsbeugende Richter sind, die zudem die Absicht der Rechtsbeugung öffentlich bekunden. Danach gibt es keinen nationalsozialistischen Richter, der nicht befangen wäre. Jedes Urteil, bei dem ein nationalsozialistischer Richter beteiligt ist, muss demnach von vornherein mit Misstrauen kritisch untersucht werden!

Deutsche Professoren.

Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie hat seinerzeit im Anschluss an ihre Berliner Tagung eine Entschliessung für die studentische Schlägermensur gefasst; eine Verbohrtheit, die dem Ansehen der Gesellschaft und dem Ruf der deutschen Chirurgen schaden muss. Gerade vom Chirurgen erwartet man ausserste Schonung und aussersten Respekt vor der Integrität des menschlichen Körpers und nicht rohes Draufgängertum! Das Echo dieser Entschliessung ist nicht so, wie die Herren Professoren erwartet haben. So lesen wir in der "Kölnischen Zeitung" eine mit Namen gezeichnete Zuschrift, in der es heisst :

"Als alten Waffenstudenten sollte diese Resolution mich eigentlich freuen. Ich habe meine zehn Mensuren gefochten, wie gesagt, sie hätte mein studentisches Herz zu freudigem Pochen bringen müssen. Statt dessen stellt sich grenzenloses Erstaunen ein, zu dem sich noch leise Beschämung gesellt. Unsere Herren Chirurgen - siehe einer an! Wenn es darauf ankäme, zu reden, wie vielleicht in der Abtreibungsfrage oder in der Eugenik oder in anderen brennenden Volksproblemen, dann herrscht tiefes Schweigen. Doch gehts um die studentische Bestimmungsmensur, da kommt plötzlich Leben in die Operationszimmer, da wird die wissenschaftliche Autorität mit vollem Gewicht in die Wagschale geworfen. Was soll man dazu nur sagen? Wohl nur das eine, dass sich eben jeder blamiert, so gut er es kann."

Wenn deutsche Professoren eine gemeinsame Entschliessung fassen, kommt immer eine grandiose Dummheit heraus! Man darf sich bei so negativem Befähigungsnachweis über den reaktionären Geist an deutschen Hochschulen nicht mehr wundern!

aus aller Welt

Orloff

Der zweite Dokumentenfälscherprozess in Berlin=Moabit - Der Staatsrat aus der politischen Unterwelt - Knickerbocker greift ein.

SPD. Vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin begann am Donnerstag unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Linde die Berufungsverhandlung in der Dokumentenfälscheraffäre Orloff. Der amerikanische Journalist Knickerbocker, dem von Orloff gefälschte Dokumente über den Senator Borah angeboten worden waren, hatte durch eine Anzeige beim Berliner Polizeipräsidium die Angelegenheit ins Rollen gebracht.

Wladimir Orloff ist eine der interessantesten und zugleich fragwürdigsten Erscheinungen in der politischen Unterwelt Europas. Zur zaristischen Zeit war er hoher russischer Untersuchungsrichter und zeichnete sich durch eine geradezu sadistische Grausamkeit gegen die russischen Revolutionäre aus, die er zum Teil mit sehr skrupellosen Mitteln und unter Anwendung physischer Gewalt zu Geständnissen presste. Als die russische Revolution ausbrach und nach der Kerenski=Periode die Bolschewiki ans Ruder kamen, setzten sie einen Preis auf den Kopf des verhassten Richters, dem es aber gelang, in letzter Minute nach Polen zu entkommen. Von hier aus schlich er sich mit einem falschen Pass versehen in die Höhle des Löwen zurück und erreichte es, von den Sowjets als Beamter angestellt zu werden. In dieser Position sammelte er eifrig Material gegen die Bolschewiki, um es später im Ausland nutzbringend verwenden zu können. Als die Tscheka ihm auf die Schliche kam, entging er wiederum unter höchst romantischen Umständen fünf Minuten vor zwölf dem sicheren Tode.

In der ersten Verhandlung gegen Orloff und seinen Kumpanen Peter Pawlonowski war Orloff wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung und versuchten Betruges in einem Fall zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt worden, die als durch die Untersuchungshaft verbüsst galt. Das Urteil war ein Kompromiss, da die kriminelle Seite der Sache einigermaßen undurchsichtig war. Fest stand allerdings, dass sich Orloff, nachdem ihm das in Russland erhaltene echte Material ausgegangen war, auf den Verkauf gefälschter Dokumente gelegt hatte. Ferner galt als erwiesen, dass das berüchtigte Borah=Dokument, das Orloff durch Knickerbockers Anzeige zum Verhängnis geworden war, eine plumpe Fälschung darstellte, von der der ehemalige Staatsrat gewusst hatte.

Zur Berufungsverhandlung hat die Verteidigung, vertreten durch die Rechtsanwälte Jaffé und Menz, die Ladung einer Anzahl neuer Zeugen beantragt und das Gericht u.a. ersucht, den seinerzeit in Russland wegen Spionage zum Tode verurteilten Studenten Kindermann, der später begnadigt und nach Verbüßung von vier Jahren Gefängnis nach Deutschland entlassen wurde, als Sachverständigen über russische Terrormethoden zu hören. Der Antrag wird jedoch abgelehnt. Der Gang der Verhandlung gestaltet sich sehr mühselig, da der zweite Angeklagte Pawlonowski kein Deutsch versteht, sodass ihm ein Dolmetscher alle Fragen übersetzen muss.

+

Wladimir Orloff, der raffinierte Meisterfälscher, Hans Dampf in allen krummen Gassen der politischen Intrigue, ist seit der ersten Verhandlung distinguiert, seriöser und würdiger geworden. Der etwas nach vorn gebürstete melierte Spitzbart, die dunklen Augen mit der starken überschattenden Brille und das tastende Greifen der schmalen langen Hände auf der Tischplatte geben den scharfen Zügen des Staatsrats etwas Lauerndes, Verkniffenes -, der Mann hat

sich glänzend in der Hand. Jede Geste ist überlegt, jeder Satz von fast mathematischer Berechnung. Wenn er die Rolle schildert, die seine Komplizen bei den dunklen Fälschergeschäften gespielt haben, so zuckt ein leicht malitiöses, fast verächtliches Lächeln um seine gepressten Lippen. Sonst aber ist er gemessen, sachlich und mässig tempriert. Nur wenn er über seine Rolle vor und nach der russischen Revolution spricht, und seinem Hass gegen die Bolschewiki freien Lauf lässt, wird der würdevolle Staatsrat pathetisch, - die dunklen Augen schiessen jähe Blitze, die schmalen Finger ballen sich zur Faust, die Stimme schwillt deklamatorisch an. Was hier Berechnung und was echter Ausbruch der Leidenschaft ist, lässt sich schwer unterscheiden. Orloff ist ein Versteckspieler von nicht alltäglicher Begabung -, und wenn alle Stricke reissen, greift er sogar zur Treuherzigkeit! Eine Tünche, die ihm allerdings so wenig liegt, dass die Physiognomie des Staatsrats dann einen fast komischen Schimmer erhält.

+

Peter Pawlonowski, der zaristischer Offizier gewesen sein will, ist eine weit weniger komplizierte Natur. Er hat zwar auch seinen gutgenährten Hass gegen alles Sowjetistische und macht aus seiner grimmigen antibolschewistischen Einstellung keinen Hehl. Das schmale Gesicht mit den trüben verschwommenen Augen, in denen manchmal ein Zug von asiatischer Grausamkeit aufleuchtet, verrät Energie und rücksichtslose Tatkraft, die knochig-nervösen Hände, die etwas von einer Schlinge haben, sind ein ideales Instrument des vulgären Spitzels, für viele Missionen verwendbar und doch immer nur per distance zu geniessen.... Auch er ist ein Hochstapler von nicht geringfügigem Format. Sein Meisterstück war das Zurückschleichen des verfolgten Konterrevolutionärs in das bolschewistische Russland und die Erlangung einer Beamtenstelle in der Tscheka. Hier hat er, genau so gewandt wie Orloff, Material gesammelt und es nachher, soweit es ihm angebracht schien, umgefälscht.

+

Landgerichtspräsident Linde, der mit sichtlicher Energie die Verhandlung leitet, ist ein höchst skeptischer Mensch und den beiden Angeklagten durchaus gewachsen. Wenn Pawlonowski mit schlechtgespieltem naiven Lächeln seine Harmlosigkeit beteuert, so gibt ihm der Vorsitzende mit einem ungläubigen: "Na, wissen Sie, und das sollen wir Ihnen glauben!" zu verstehen, dass schauspielerische Talente nicht allein zum Erweisen der Unschuld genügen. Worauf der Russe höchst missmutig mit dem Handknöchel auf den Tisch klopft, die trüben Augen vorwurfsvoll über den Richtertisch gehen lässt und schliesslich mit einem resignierten Achselzucken für wenige Minuten das Spiel aufgibt.

+

Für die humorvolle Note in diesem Fälscherprozess sorgen die beiden Dolmetscher, die sich als Rivalen fühlen und ihre Turniere höchst ungeniert vor der versammelten Gerechtigkeit austragen. Der eine, ein aufgeregter, sehr temperamentvoller, sehr energischer Herr, mit geradezu südlichen Gesten, will den Kollogen, einen bleichen, stillen und müde resignierenden Mann in jeder Weise aus dem Feld schlagen und verdolmetscht die Aussagen Pawlonowskis mit einem so schillerndem Redefluss, dass der Vorsitzende ein mahnendes Räuspern nicht unterdrücken kann. Worauf der temperamentvolle Dolmetscher sehr erstaunt innehält, sich wie erwachend übers Haar fährt und sich mit einigen unverständlich bleibenden Worten entschuldigt. Manches dürfte in diesem Prozess noch unverständlich bleiben.

+

+

+

Mord durch Kokain. In der Wohnung eines als Lebemann bekannten jungen Brüsseler Rechtsanwalts wurde eine Ballettänzerin völlig unbekleidet tot aufgefunden. Der Tod war durch Kokainvergiftung eingetreten. Eine zweite Tänzerin, eine Deutsche namens Hildegard Hartwig, befand sich ebenfalls in der Wohnung in einem Zustande ernster Kokainvergiftung. Der Rechtsanwalt hatte mit den beiden Tänzerinnen wahre Kokainorgien gefeiert. Er wurde mit der deutschen Tänzerin verhaftet.

+

+

+

Das zertrümmerte Wunderrohr.

Die Zeileis-Methode auf der Anklagebank - Professor Lazarus beschuldigt den Wunderdoktor von Gallspach der fahrlässigen Tötung - Kroch auch Ex-Kaiser Wilhelm auf den Leim?

SPD. Vor der 17. Zivilkammer des Berliner Landgerichts III wurde am Donnerstag unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Kohler die Klage des Wunderdoktors Zeileis aus Gallspach gegen Professor Lazarus-Berlin verhandelt. Das Urteil wird erst in einiger Zeit verkündet werden.

Professor Lazarus hatte die Zeileis-Methode als Betrug, Kurpfuscherei und unlauteren Wettbewerb bezeichnet. Die Klage des Wunderdoktors richtete sich zuerst gegen diese Beleidigung. Später bekam es Zeileis offenbar mit der Angst Er beschränkte seine Klage ein und wollte nur erreichen, dass Professor Lazarus die Behauptung verboten wird, dass er in Gallspach und in den zwei Münchener Zeileis-Instituten das Zeileis'sche Verfahren gründlich studiert habe und dass er bei dieser Gelegenheit zwei Fehldiagnosen festgestellt hätte. Der beklagte Professor Lazarus war bei der Vernehmung anwesend, Zeileis wurde durch die Rechtsanwälte Dr. Bonnem, Dr. Hirschland und Dr. Werner aus Wien vertreten. Der Rechtsbeistand von Dr. Lazarus war Justizrat Dr. Bernstein-Berlin.

Dr. Bonnem behauptete, dass Lazarus in Gallspach nur etwa 30 bis 40 Minuten gewesen sei und dass er sich nicht mit Zeileis, sondern mit einem Dritten unterhalten habe. Die Unterhaltung hätte sich nur auf allgemeine Fragen bezogen und von einem Studium der Zeileis-Methode könne natürlich keine Rede sein. In München, erklärte Dr. Bonnem weiter, gäbe es gar kein richtiges Zeileis-Institut und die Münchener Aerzte, von denen sich Professor Lazarus habe untersuchen lassen, hätte in eidesstattlicher Versicherung erklärt, gar keine Diagnosen an Lazarus gestellt zu haben, der sich als ein Kunstmalter Bohnheim aus Berlin als Patient eingeführt und Symptome simuliert habe.

Justizrat Dr. Bernstein, der Vertreter von Professor Lazarus, berief sich in seiner Antwort zunächst auf den Nobelpreisträger Professor Wagner-Jauregg, der erklärt habe, dass sich die Sache zu einem politischen Skandal auswachse. Bernstein fuhr fort: "Zeileis hat die Hochfrequenzbehandlung für jede Krankheit zur Anwendung gebracht und behandelt die Kranken unterschiedslos. Den Zeileis'schen Zauberstab nennt Graf Arco einen physikalisch-biologischen Unsinn.... Professor Lazarus hat eine wissenschaftliche Enquête veranstaltet. 1265 Fälle haben ergeben, dass die Zeileis-Methode in ihnen kläglich versagte. Professor Lazarus hat niemals behauptet, nur in Gallspach die Methode studiert zu haben. In Gallspach hielt sich Professor Lazarus einen ganzen Tag lang auf, um Milieustudien zu treiben."

Sodann ergriff Professor Lazarus das Wort zu einer Rede, in der er einleitend betonte, dass er für die wissenschaftliche Wahrheit und für das Menschenrecht der Kranken kämpfe. "Das Problem der Therapie ist das Problem der Diagnose, und da kommt ein Mann mit einer Zauberröhre und behauptet, alle Krankheiten in Sekundenschnelle erkennen zu können. Tausende und Abertausende vertrauen sich dem Manne blind an. Die Parade des Elends, die ich in Gallspach sah, muss jeden Menschen tief erschüttern. Hunderte von Kranken strömten herein und hinaus, und es ist, als ob sie mit der Stopuhr in der Hand behandelt werden würden. Unter den Patienten von Zeileis hat sich übrigens auch Kaiser Franz Joseph befunden, der keinen Staatsakt ohne den Rat des Wunderdoktors unternommen hat. Auch Kaiser Wilhelm soll unter den Patienten gewesen sein. Im Orte traf ich Patienten, die seit acht Jahren zu Zeileis kommen und mehr als 100mal bestrahlt worden sind, ohne dass irgendwelche Erfolge erzielt wurden. Und in zahlreichen Fällen ist durch die Behandlung von Lazarus eine rechtzeitig eingreifende Hilfe der Aerzte unmöglich gemacht worden... An mir selbst wurden in den Zeileis-Filialen in München Lungenschwindsucht und Rückenmarkskrankheit diagnostiziert. Da wurde ich von einer schweren seelischen

Erschütterung ergriffen. Was ich dann bei meinen Nachfragen in Münchener Kliniken hörte, war schrecklich. Vor aller Welt klage ich hier "eileis der fahr=lässigen Tötung an! Das Recht der Kranken ist eine heilige Sache!"

Im Verlauf seiner Ausführungen zog Professor Lazarus eine Geisler'sche Röhre, die Zeileis'sche Zauberröhre, hervor und warf sie, in sichtlicher Erschütterung, auf den Richtertisch. Klirrend zersprang das Wunderglas.....

+ + +
Frau Rethberg ausser Verfolgung. Durch Bürgerschaftsurkunde des Bankhauses Gebrüder Arnhold in Dresden hat die Sängerin Elisabeth Rethberg die von ihrem Prozessgegner, der Internationalen Konzertbetriebsgesellschaft A.G.=Berlin verlangten 82 000 Mark bei der Hinterlegungskasse des Dresdener Amtsgerichts hinterlegt. Der Haftbefehl gegen Frau Rethberg hat sich damit erledigt. Gegen den von ihrem Prozessgegner erwirkten Arrest wird Frau Rethberg Einspruch erheben.

+ + +
Der Rittergutsbesitzer als Raufbold. Die Strafkammer des Landgerichts III in Berlin verurteilte den Rittergutsbesitzer Krafft von Kriegsheim wegen Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe. Milieu: "Erste Gesellschaft". Der Junker aus dem Osten ist mit dem Millionär und Baumschulenbesitzer Dr. Spaeth=Berlin jahrelang eng befreundet. In Wahrheit verführt er die Frau seines Intimus, was der Gehörnte erst spät bemerkt. Es kommt zur Scheidung im Hause Spaeth, eine romantische Kindesentführung folgt, aus der Freundschaft von Kriegsheim=Spaeth wird eine erbitterte Feindschaft. Eines Nachts verlässt Spaeth die Berliner Bar Casanova. Als er zu seinem Auto geht, trifft ihn von hinten ein Faustschlag ins Auge. Täter ist der Rittergutsbesitzer, der Offizier a.D. von den hochfeudalen dritten Dardeulanen, Herrn von Kriegsheim, der einige Wochen später übrigens auch noch mit der geschiedenen Frau des Millionärs in Handgreiflichkeiten gerät. Die Sache gelangt vor den Kadi, sie duftet sehr übel. "Milieu: Erste Gesellschaft",

+ + +
Hexenprozess 1930. Eine 60jährige Witwe aus einem Dorf bei Boulogne ist von ihren Dorfnachbarn beschuldigt worden, das Vieh behext zu haben. Nachdem eine wahrsagende Zigeunerin diesen Aberglauben bestätigt hatte, wäre die Frau von der Volksmenge gelyncht worden, wenn sie nicht im letzten Augenblick von der Polizei gerettet worden wäre. Die Hexenverfolger haben sich nun vor Gericht zu verantworten.

+ + +
Abgebrochene Goldsuche. Die Schatzgräber von Zaandam (Holland) haben ihre Goldgräberei offenbar wegen Geldmangels eingestellt. Am Mittwoch weilte als trauernde Hinterbliebene nur die Hellscherin "Gräfin Sylvia" an der Grabstelle...

+ + +
Explosion bei der AEG in Berlin. Im Transformatorenwerk Berlin=Oberschöneweide der AEG kam es am Donnerstag zu einer Isolatorexlosion, bei der ein Arbeiter getötet, vier schwer und zwei leicht verletzt wurden. Die Katastrophe ist dadurch entstanden, dass sich ein Hochspannungstransformator unter 0,2 Volt Spannung mit Stickstoff gefüllt hatte.

+ + +
Sklarek noch immer ohne Geld. Willy Sklarek hat die zu seiner Haftentlassung notwendigen 50 000 Mark Kautions zu einem Drittel aufreiben können. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Max und Leo Sklarek ist vom Gericht abgelehnt worden.



Bedrohung des Streikrechts.

SPD. Auch die wärmsten Verteidiger des Reichsarbeitsgerichtes werden kaum in Abrede stellen können, dass seine Rechtsprechung mehr und mehr zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft wird. Das zeigt sich vor allem bei Entscheidungen, die in ihrer Auswirkung die ganze Arbeiterschaft berühren, d. h. bei Kollektivstreitigkeiten. So ist durch ein Urteil in einem Rechtsstreit zwischen dem Verband der hannoverschen Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband sogar das Streikrecht der Arbeiter angetastet worden. Das Reichsgericht hat in seiner Entscheidung einen neuen Begriff geschaffen; es hat den vorhandenen Begriffen der relativen und der absoluten Friedenspflicht noch den Begriff der "allgemeinen Friedenspflicht" hinzugefügt. Es hat entschieden, dass die Arbeiter kein Recht haben, zu streiken und die Gewerkschaften kein Recht, Streiks zu unterstützen, "wenn dazu kein genügender Anlass vorliegt". Aus der Tatsache, dass zwischen zwei Verbänden irgendeine tarifvertragliche Abmachung besteht, soll sich auch eine allgemeine Friedenspflicht für Dinge ergeben, die tarifvertraglich nicht geregelt sind. Der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Ein Mitglied des Hannoverschen Metallindustriellenverbandes, die Firma Hackethal, Draht- und Kabelwerke A.G. in Hannover, hatte mit der Bedaux-Gesellschaft ein Abkommen getroffen, wonach diese prüfen sollte, ob die Einführung des sogenannten Bedaux-Entlohnungssystems in ihrem Betrieb zweckmässig und vorteilhaft sei. Die Bedaux-Gesellschaft schickte zu diesem Zweck einige Ingenieure in den Betrieb der Hackethal A. G., um dort Beobachtungen und Prüfungen vorzunehmen. Die Belegschaft hat das vereitelt; sie hat dort, wo Ingenieure die Prüfungen vornehmen wollten, die Arbeit eingestellt. Der Metallarbeiterverband hat diese Arbeitseinstellungen unterstützt. Die Arbeiter und ihr Verband sahen in der Prüfung durch die Ingenieure eine Vorbereitung für die Einführung des Bedaux-Systems, eines raffinierten, von ihnen bekämpften Prämienlohnsystems. Sie sahen offenbar auch einen Tarifbruch der Firma, weil nach dem bestehenden Lohnabkommen die Einführung eines anderen Lohnsystems ihrer Zustimmung bedarf.

Es kam zu einer Klage des Verbandes der hannoverschen Metallindustriellen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband Hannover. Das Arbeitsgericht Hannover entschied zu Gunsten der Industriellen. In der Berufungsklage des Metallarbeiterverbandes wurde das Urteil bestätigt. Das Landesarbeitsgericht Hannover stellte sich auf den Standpunkt, dass es sich bei der Prüfung durch die Ingenieure keineswegs um die Einführung des Bedaux-Systems gehandelt habe, sondern lediglich um eine Anstellung von Beobachtungen. Wenn die Arbeitnehmer sich gegen die Einführung des Bedaux-Systems wehrten und hierbei von ihrem Verband unterstützt würden, so sei dagegen nichts einzuwenden, da die Hackethal A. G. durch Einführung des genannten Systems ohne Zustimmung des Arbeitnehmerverbandes die Friedenspflicht verletzen würde. Da es sich jedoch nur um Prüfungen handele, die an sich noch keine Änderung in der Entlohnung herbeiführten, so bedeute die Vereitelung der Prüfungen eine Verletzung der den Arbeitern aus dem Arbeitsvertrag erwachsenden Pflichten. Der beklagte Arbeiterverband müsse also verpflichtet werden, auf Grund der Friedenspflicht des Tarifvertrags auf die Arbeitnehmer der Hackethal A. G. in entgegengesetztem Sinne einzuwirken.

Auch das Reichsarbeitsgericht hat das Urteil des Landesarbeitsgerichts rechtswirksam gemacht. Es ging ebenfalls von der Auffassung aus, dass die Tätigkeit der Ingenieure keine Vorbereitung der Einführung eines anderen Lohnsystems darstelle und dass insoweit keine Tarifvorschrift verletzt worden sei. Die Weigerung der Arbeitnehmer, unter der Aufsicht der Bedaux-Ingenieure zu arbeiten, bedeute eine Verletzung der ihnen durch die Arbeitsverträge obliegenden allgemeinen Pflichten, und wenn der beklagte Verband die Arbeitnehmer hierzu veranlasse, verletzte er seinerseits die ihm auf dem Tarifvertrag obliegenden Pflichten. Er könne sich nicht darauf berufen, dass die sich aus dem Tarifvertrag ergebende Friedenspflicht nur eine relative sei. Die Tarifvertragspartei habe nicht ohne weiteres das Recht, überall dort, wo eine tarifvertragliche Regelung nicht getroffen sei, nach Belieben wirtschaftliche Kampfmassnahmen gegen den Vertragsgegner zu ergreifen. Nach den Grundsätzen von Treu und Glauben ergebe sich schon aus dem Abschluss des Tarifvertrages die Pflicht, eine grundlose Störung des Wirtschaftsfriedens zu unterlassen. Erfolge eine Kampfmassnahme, ohne dass ein besonderes wirtschaftliches Ziel verfolgt werde und ohne begründete Veranlassung dazu, so bedeute das, auch soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht bestehe, eine Verletzung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden allgemeinen Friedenspflicht. Das sei die Sachlage in dem vorliegenden Fall.

Mit dieser Begründung masst sich das Reichsarbeitsgericht das Recht an, darüber zu entscheiden, ob ein Streik objektiv berechtigt oder unberechtigt ist. Es legt eine allgemeine Friedenspflicht bis zu dem Punkt fest, wo ein genügender Anlass für die Vornahme von Kampfhandlungen vorliegt. Da aber niemand wissen kann, in welchen Fällen das Reichsarbeitsgericht das Vorliegen eines genügenden Grundes zu Kampfhandlungen anerkennen wird, und da eine vorherige Befragung des Reichsarbeitsgericht kaum möglich sein dürfte, wäre also praktisch die Ausübung des Streikrechts illusorisch gemacht. Auch die sachliche Beweisführung des Reichsarbeitsgerichts ist unhaltbar. Es erklärt, die Tätigkeit der Bedaux-Ingenieure hätte keinerlei Nachteil für die Arbeiterschaft bringen können. Das Reichsarbeitsgericht muss es schon den Arbeitern und ihren Organisationen überlassen, darüber zu entscheiden, ob bestimmte Massnahmen geeignet sind, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern oder nicht. Mit der Beweisführung des Reichsarbeitsgerichtes kann jeder von einer Gewerkschaft unterstützte Streik als unberechtigt hingestellt werden. Hier droht Gefahr, Gesetzliche Klärung und Sicherung sind notwendig.

SPD. Die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums hat in der Textilindustrie zu verschiedenen örtlichen Streiks geführt. In Maulburg (Württemberg) steht die Arbeiterschaft der dortigen Webereien seit zwei Wochen im Kampf gegen eine empfindliche Lohnkürzung. In Berlin streikt die Belegschaft einer der grössten Posamentierbetriebe. Sie hatte durch den Deutschen Textilarbeiterverband den Werkтарif kündigen lassen und auf Grund der wirtschaftlichen Lage eine Lohnhöhung gefordert. Die Firma, die in der Hauptsache für Staatsaufträge arbeitet, lehnte nicht nur jede Lohnhöhung ab - sie wollte auch noch ihren Werkтарif, der ohnehin schon niedriger ist als der zwischen der Berliner Posamentierinnung und dem Deutschen Textilarbeiterverband abgeschlossenen Branchentarif, noch um 5 Prozent senken. Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen brachten kein Ergebnis. Der Streik geht infolgedessen weiter. In Wehr (Baden) sind bei der mechanischen Buntweberei Brenner A.G. schwere Lohn-differenzen ausgebrochen. Die Firma hat in ihren Betrieben bei einzelnen Abteilungen die Akkordsätze bis zu 30 Prozent herabgesetzt. Der Arbeiter verdient infolgedessen pro Tag um fast 20 Mark weniger. Auch hier waren die Einigungsversuche fruchtlos. Die Arbeiterschaft hat nunmehr die Kündigung einge-

reicht. Auch in Wehr wird es also in den nächsten Tagen zur Kampfbanner kommen.

Von den Textilarbeitern wird erwartet, dass sie auf keinen Fall in den bestreikten Orten Arbeit annehmen, sondern sich vorher mit der zuständigen Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Verbindung setzen.

SPD. Der Transportarbeiter-Internationale sind, wie ihr Sekretär Fimmen vor kurzem auf einer Tagung des belgischen Eisenbahnerverbandes in Brüssel mitteilte, nunmehr auch farbige Arbeiter angeschlossen. Keine Organisation, betonte Fimmen, verfüge so gut wie die Transportarbeiterinternationale über die Mittel, künftig einen Krieg unmöglich zu machen, und sie sei fest entschlossen, dies im Ernstfall auch zu tun.

Über die Grösse der Verkehrsmaschinerie, die von den Eisenbahnern bedient wird, machte der Generalsekretär des schweizerischen Eisenbahnerverbandes auf der Madrider Eisenbahnerkonferenz einige interessante Angaben. Das Eisenbahnnetz der Erde hat danach heute eine Länge von 1,25 Millionen Kilometer oder das 31-fache des Erdumfanges am Equator. Davon hat Amerika 606 000, Europa 405 000, Asien 123 000, Afrika 65 000 und Australien 49 000 Kilometer. Am Bau dieses Netzes haben etwa 5 Millionen Menschen gearbeitet. Der Wert des in Eisenbahnen angelegten Kapitals beträgt 375 Milliarden Goldfranken. Zur Ausnutzung dieses Netzes stehen 7 Millionen Güterwagen, 400 000 Personenwagen und 250 000 Lokomotiven zur Verfügung.

An Motorfahrzeugen aller Art sind zur Zeit auf der Erde 31,9 Millionen vorhanden; davon entfallen 26 Millionen auf Amerika und 4 Millionen auf Europa. Der Wert des auf der Erde in Motorfahrzeugen aller Art angelegten Kapitals beträgt 208 Milliarden Goldfranken.

Die Verkehrsfragen sind Welt- und Volksfragen geworden. Es wird daher Zeit, dass dem Eisenbahnpersonal auch ein internationales Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Der Madrider Eisenbahnerkongress hat gegen die einseitige Behandlung der Betriebsfragen durch die Eisenbahngesellschaften scharf Protest erhoben und die Anerkennung der Eisenbahnerverbände ohne jeden Vorbehalt auch seitens der internationalen Instanz der Eisenbahndirektionen gefordert. Der Kongress beauftragte das Sekretariat der ITF, mit aller Kraft auf die Schaffung einer internationalen Instanz, besteht aus Regierungen, Direktionen und Eisenbahnerverbänden, hinzuwirken und das Genfer Internationale Arbeitsamt zu ersuchen, zu diesem Zweck eine Zusammenkunft der gesamten Interessentengruppen einzuberufen.

SPD. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter kann, ähnlich wie der Holzarbeiterverband eine ausserordentlich erfreuliche Entwicklung seiner Jugendbewegung feststellen. Er zählte am Schluss des Jahres 1928: 7186 Mitglieder unter 18 Jahren. Am Ende 1929 waren 9 533 jugendliche Mitglieder vorhanden. Die Steigerung beträgt 33,7% und ragt weit über die allgemeine Mitgliederzunahme hinaus. Unter den Jugendlichen stieg vor allem die Zahl der organisierten Lehrlinge von 2659 auf 3404 oder um 28% und hier stehen die Bäckerlehrlinge mit 1515 Mitgliedern an erster Stelle.

Die allgemeine Mitgliederzunahme hat auch beim Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter unter der Arbeitslosigkeit gelitten. Gegenüber 1928 erhöhte sich der Mitgliederbestand von 169 634 auf 179 067.



Der Etat des Wirtschaftsministeriums.

SPD. Der Etat des Wirtschaftsministeriums, dessen Beratung sich im Haushaltsausschuss des Reichstages an die Durchpeitschung des Wehretats anschliesst beläuft sich nur auf 21 Millionen Mark. In der niedrigen Ausgabenhöhe spiegelt sich der Aufgabenkreis dieses Ministeriums aber nur unvollkommen wider, sie gib kaum eine Vorstellung von seinen Aufgaben, zu denen u.a. Beeinflussung der Zollgesetzgebung und der Handelspolitik, Mitarbeit an der wirtschaftlichen Behandlung der Reparationsfragen, Bestimmung der Konjunkturpolitik, die Kartellpolitik, Beobachtung von Geld-, Bank- und Versicherungswesen und schliesslich die Beobachtung der einzelnen Wirtschaftszweige und die allgemeine Betätigung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik überhaupt gehört.

Für den Etat des Wirtschaftsministeriums ist im Haushaltsausschuss eine Beratungszeit von insgesamt 5 Stunden vorgesehen. Die Beratungen des Haushaltsausschusses über den Etat 1930 übertreffen eben diesesmal noch die Geschwindigkeitsrekorde des Vorjahres. Die Sozialdemokratie wird aber Zeit finden; in einer Frage gründlich Klarheit zu schaffen. Es handelt sich um den Zusammenbruch des Frankfurter Lebensversicherungskonzerns. Bei der Untersuchung über die Geschäftsführung des Konzerns ergab sich, dass die Versicherungsaufsicht, die in Deutschland dem Wirtschaftsministerium untersteht, an vielen Stellen ausserordentlich mangelhaft organisiert ist und wohl auch die personelle Zusammensetzung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung keine unbedingte Gewähr für eine durchgreifende Betätigung dieser Behörde bietet. Schon im Herbst 1929 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der eine wesentliche Verschärfung der Versicherungsaufsicht vorsah. Während der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ist auch im Wirtschaftsministerium ein vorläufiger Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der den sozialdemokratischen Wünschen Rechnung tragen sollte. Aber heute, nachdem die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung sitzt, ist anscheinend das Interesse des Wirtschaftsministeriums an einer Beschleunigung der Angelegenheit geschwunden. In seinem Tätigkeitsbericht an den Reichstag sagt das Ministerium, dass der vorläufige Gesetzentwurf zur Versicherungsaufsicht "einer nochmaligen Ueberarbeitung unterzogen werden soll, sobald sich die in der gleichen Richtung gehenden Bestrebungen auf dem Gebiete der Aktienrechtsreform besser übersehen lassen". Das bedeutet eine Vertagung der Reform der Versicherungsaufsicht auf lange Jahre, mit der sich die Sozialdemokratie auf keinen Fall einverstanden erklären kann.

Aber nicht nur in seiner allgemeinen Politik gibt das Wirtschaftsministerium Anlass zu mancher Kritik, sondern auch in der Verwendung seiner Fonds und in der Arbeit der ihm unterstellten Behörden, insbesondere des Statistischen Reichsamts. Das Statistische Reichsamt krankt daran, dass in den letzten Jahren sein Personalbestand im Verhältnis zum Wachsen seiner Aufgaben zu stark zunimmt - die Ausgaben für das Personal des Statistischen Reichsamts sind von 4,5 Millionen im Jahre 1925 auf 10,3 Millionen im Jahre 1930 angewachsen - ohne dass dadurch eine Beschleunigung der Arbeiten erzielt würde. Ja, es ist soweit gekommen, dass das Statistische Reichsamt im Etat 1930 Sondermittel anfordern muss (424 000 Mark), die der Beschleunigung der Bearbeitung der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik dienen sollen. Unter "Beschleunigung" ver-

steht das Statistische Reichsamt die Vorlage der wichtigsten Angaben der Einkommensteuerstatistik im Laufe von 12 Monaten, also innerhalb einer Zeit, die man unbedingt als normal ansehen sollte. Natürlich wird auch bei dieser Gelegenheit der Personalbestand um nicht weniger als 140 Angestellte vermehrt. Es soll gewiss nicht bestritten werden, dass der Aufgabenkreis des Statistischen Reichsamts ständig anwächst. Aber wir sind der Meinung, dass in einem Amt mit 666 Beamten und mit rund 2 500 Angestellten durch eine rationellere Organisation der Arbeit mehr geleistet werden könnte, ohne dauernd mehr Personal einzustellen.

Von den Fonds, die dem Wirtschaftsministerium für verschiedene Zwecke zur Verfügung stehen, seien hier genannt: 519 700 Mark für den Wirtschaftlichen Nachrichten- und Auskunftsdienst, (Aussenhandelsförderung), 80 000 Mark für das Deutsche Handwerksinstitut, 500 000 Mark für das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, 750 000 Mark für die Förderung des Eisenerzbergbaus an der Sieg und schliesslich 800 000 Mark für die Leipziger Messer. Bei einer ganzen Reihe dieser Ausgaben wird die Sozialdemokratie scharfe Kritik üben müssen.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, dem viele Millionen Mark seit dem Jahre 1924 aus dem Reichsetat zur allgemeinen Förderung der deutschen Rationalisierung zugeflossen sind, hat weder den Erwartungen entsprochen, die unter volkswirtschaftlichen, noch gar unter sozialpolitischen Gesichtspunkten in seine Arbeit gestellt wurden. Es hat sich zu einer langsam arbeitenden, schlecht organisierten Rationalisierungsbehörde entwickelt, in der Techniker und abgebaute Militärs, die allen volkswirtschaftlichen Problemen der Rationalisierung fremd gegenüberstehen, die Rationalisierung zu einer scholastischen Geheimwissenschaft ausgestalten. Die Sozialdemokratie hat versucht, gemeinsam mit den Gewerkschaften einen stärkeren Einfluss auf die Arbeiten dieser Einrichtung zu gewinnen. Von dem Ausgang der Etatberatung im Jahre 1930 wird es abhängen, ob so viele Sicherheiten auf dem Gebiet der sozialpolitischen Fühlungnahme des Reichskuratoriums mit den Arbeitnehmerverbänden geschaffen werden, dass die Sozialdemokraten seiner weiteren Finanzierung aus Reichsmitteln zustimmen können.

Der Reichsrat hat es für nötig gehalten, 800 000 Mark zur Förderung der Leipziger Messe in den Etat hineinzustellen. Die Sozialdemokratie wird die Streichung des Ansatzes verlangen. Dem Zwecke der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Ausfuhrförderung dient eine Ausgabe von rund 500 000 Mark für den Wirtschaftlichen Auskunfts- und Nachrichtendienst. Der deutsche Aussenhandelsnachrichtendienst befindet sich seit geraumer Zeit in einer Umorganisation, die besonders darin besteht, dass zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten vorgenommen wird. Wie sich die Umorganisation im einzelnen auswirkt, bleibt abzuwarten. Es kann nicht verhehlt werden, dass das Reich einen ausserordentlich kostspieligen Apparat für diese Zwecke unterhält, wozu z.B. die "Industrie- und Handelszeitung" und einige Nachrichtenbüros gehören, von denen eines, nämlich die Eildienst G.M.b.H. überhaupt nicht im Reichsetat vorkommt. Wie uns bekannt ist, erzielt die Eildienst G.m.b.H., die sich ganz im Besitz des Reiches befindet, eine Jahreseinnahme von rund 200 000 Mark. Es wäre eine Kleinigkeit gewesen, bei der Reorganisation des Auslandsnachrichtenwesens diese 200 000 Mark in den Etat einzustellen. Man hätte dann den Eindruck vermieden, als benutzte die Reichsverwaltung jede Gelegenheit, um sich gewisse Fonds zu sichern, über deren Verwendung sie dem Parlament keine Rechenschaft zu geben braucht.

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft gibt ihren Gesamtumsatz für den Monat April mit 6,984 Millionen Mark an. Die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres beträgt 19%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Osterfest diesmal in den April und im vorigen Jahr in den März fiel. Die stärkste Umsatzsteigerung weisen die Fleischabgabestellen auf. (67%). Die Mitgliederzahl hat sich um 2 400 Haushaltungen auf 205500 erhöht. Bemerkenswert ist, dass im Bezirk einer in einen Neublock verlegten Abgabestelle innerhalb 6 Wochen rund 350 Aufnahmen vollzogen werden konnten. Die Sparkassengelder haben sich um 288 000 auf 45 Millionen Mark erhöht.

SPD. Die Erhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats über die unverkaufte Ernte 1929 ergibt, dass sich am 15. April 1930 = 14,2% der Ernte an Winterweizen, (15. März 1930 = 25,6% und 15. April 1929 = 16,5%) in der Hand der Landwirtschaft befanden, an Sommerweizen 15,6% (32,4 bzw. 28%), an Winterroggen 24,6% (31,3 bzw. 21,4%), an Wintergerste 13,8% (19,4 bzw. 10,9%), an Sommergerste 11,6% (25,8 bzw. 18,4%), an Hafer 34,4% (46,2 bzw. 36,3%) und an Kartoffeln 24,8 (35,9 bzw. 29,4%). Die günstigere Lage bei den Weizenbeständen erklärt sich zweifellos aus dem drakonischen Mittel des Vermahlungszwanges. Auffallend hoch sind die Vorräte an Roggen. Das ist sicherlich ein Beweis dafür, dass die Roggenfrage, die eine Verringerung der Anbaufläche voraussetzt, durch die von der Regierung Brüning-Schiela ergriffenen Mittel nicht gelöst werden kann.

SPD. Allem Anschein nach stehen wir vor heftigen Auseinandersetzungen auf dem Markt für künstliche Düngermittel. Die Bestrebungen gehen dahin, ein Düngemittel zu schaffen, das alle Nährstoffe, die die Pflanze braucht, enthält. Man hat deshalb Volldünger und Mischdünger entwickelt. Beteiligt sind daran vor allem die I.G. Farbenindustrie (die verschiedenen Sorten von Nitrophoska) und die Ruhrzechen, die zur Herstellung von Mischdünger bestimmte Abmachungen mit einzelnen Kalikonzerne (z.B. Klöckner, Wintershall) abgeschlossen haben. Voll- und Mischdünger werden immer mehr und mehr in der Praxis gebraucht. Auch der Export, besonders der nach Amerika, ist in den letzten Jahren gestiegen.

Diese Entwicklung kann natürlich der Kaliindustrie nicht gleichgültig sein. Sie wird vor allem durch die Misch- bzw. Volldünger vom letzten Verbrauch abgedrängt d.h. sie kann selbstverständlich die ziemlich überteuerten Kalipreise bei den grossen Unternehmungen nicht ohne weiteres erzielen wie bei den einzelnen Verbrauchern. Die Dinge haben sich jetzt so weit zugespitzt, dass der Salzdetfurthkonzern eine offene Kampfansage erlassen hat. In der Generalversammlung der zum Salzdetfurthkonzern gehörigen Westeregeln A.G. erklärte die Verwaltung, dass die bisher im Handel befindlichen Mischdüngersorten den Kalihandel nicht genügend berücksichtigten. So genüge der Kalianteil in den nach Amerika gehenden Mischdüngern keinesfalls. Die Mischdüngerfabriken behandelten die Kalibeimengung zu stiefmütterlich, was besonders für die I.G. Farbenindustrie gelte. Deshalb sei die Kaliindustrie gezwungen, das Problem des Mischdüngers selbst in die Hand zu nehmen.

Die Kampferklärung kann nur bedeuten, dass wichtige Kalikonzerne in nächster Zeit an die Errichtung eigener Mischdüngerfabriken gehen; teilweise ist das bis jetzt schon geschehen. Die reichlichen Reserven dieser Konzerne gestatten ohne weiteres die Durchführung dieses Planes, der eine beispiellose Kapitalverschleuderung bedeutet; ausserdem schafft man eine Überkapazität, die uns bald auf den Düngermittelmärkten zu schaffen machen wird.

Verpuffte Exportprämien.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Mai)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in ausgesprochen flauer Stimmung. Die heftigen Gewitter des Vortages haben starke Befürchtungen wegen der Qualität des eingelagerten Roggens hervorgerufen, sodass die Eigner bestrebt sind, ihre Ware möglichst bald abzustossen. Aus diesem Grunde war das Angebot an Kahn- und Speicherware sehr reichlich. Da aber die Nachfrage in keiner Weise grösser geworden ist, mussten die Preise eine rückläufige Richtung nehmen, ohne dass nennenswerte Umsätze zustande kamen. Die Preisrückgänge am Märkte der Zeitgeschäfte belaufen sich auf 5 bis 6 Mark. Weizen wurde von dieser Bewegung zwar mitgezogen, bewies aber eine grössere Widerstandskraft, zumal bei den Mühlen in der Provinz bessere Kauflust herrschte. Hier beschränkten sich die Preisverluste auf etwa 2 Mark. Für Mehl zeigte sich keine Kaufneigung, obwohl die Mühlen für beide Sorten mit 25 Pfennig ermässigt hatten. Auch Hafer hatte bei mangelnder Umsatzfähigkeit einen flauen Markt.

	7. Mai	8. Mai
(ab märkische Station in Mark)		
Weizen	283 - 287	278 - 288
Roggen	159 - 164	153 - 161
Braugerste	192 - 203	190 - 202
Futter- und Industrieroggen	175 - 188	173 - 186
Hafer	157 - 163	153 - 159
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75-40,00	31,25-39,50
Roggenmehl	23,00-26,00	22,50-25,65
Weizenkleie	9,25- 9,75	9,25- 9,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 289 (Vortag 292), Juli 297-296½ (298½), September 261-259½ (263½), Roggen Mai 163 (167½), Juli 169½-171½ (175½), September 176-175½ (181). Hafer Mai - (167½), Juli 168-169½ (175), September 169½ (173½).

Amtliche Eiernotierungen.

(8. Mai.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11, Kl.A. über 60 gr 10, Kl.B. 53 gr 9 1/4, Kl.C. 48 gr 8 1/4, frische Eier, Kl.B. 53 gr 8 3/4, Aussortierte kleine und Schmutzeier 6½. - Auslandseier: Dänen 18er 11, 17er 10½, Holländer 68 gr 11 1/4, 60-62 gr 10 1/4-11, Litauer grosse 9, Rumänen normale 8, Ungarn normale 8 1/4, Russen normale 8-8 1/4, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6½-6 3/4. - In- und ausländische Kühlhauseier -. Witterung: kühl, Tendenz: fest.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(8. Mai.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner wagonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,20 bis 1,50, Rote 1,30 bis 1,70, gelbfleischige Kartoffeln ausser Nierenkartoffeln 2,30 bis 2,70 Mark, Fabrikkartoffeln 7 Pfennige je Stärkeprozent.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 8. Mai 1930

Affenjagd im abessinischen Hochwald.*

SPD. Es war einer jener prachtvollen Hochlandsmorgen, die durch ihre Frische und Klarheit auf Seele und Körper wie ein wunderbares Bad wirken. Der Himmel blaute, wie er nur dort unten in Abessinien zu blauen versteht, und die Sonne sandte ihre belebenden, freundlichen Strahlen auf die Landschaft hernieder. Ich ging mit meinem Gewehr in das nahe gelegene "Guerezawäldchen", um wieder einmal mein Glück zu versuchen. Seitdem ich auf der Rinderfarm weilte, war ich fast täglich ausgezogen, mit der festen Absicht, einen Guereza zu erlegen. Bisher aber ohne Erfolg. Das Jagdfieber hatte mich gepackt: ich musste einen dieser wunderschönen, schwarzweissen Affen mit ihrem prächtig glänzenden Fell, die mich schon lange zum besten hielten, zur Strecke bringen. Nach halbstündiger Wanderung auf einem kleinen Reitpferd, der von der Farm weg durch mannshohes, windbestrichenes Gras führte, erreichte ich die Kossobaumwaldung, die sich den Berg hinaufzog.

Der Wald war bereits erwacht und orchesterte seine afrikanische Sinfonie. Ein Heidenlärm an allen Ecken und Enden. Überall regte sich Leben, unsichtbar und doch nahe. Der Wind raschelte in den Blättern. Würzig und rein roch die Luft. Riesenhafte Laubbäume, deren beerenartige, schwarze Früchte im Morgenschein glänzten, wurden von mächtigen Schlinggewächsen bis hinauf nach den hohen Gipfeln umrankt und bildeten, untereinander verbunden, ein unlösbares Gewirr. Der Weg wand sich schmal und steinig hinan. Hin und wieder flüchtete eine Gazelle vorüber, nur für Sekunden sichtbar. Plötzlich fiel etwas schwer und dumpf neben mir in ein dichtes Gebüsch nieder. Erschreckt sprang ich zurück und wollte nach meiner Büchse greifen, als ein riesiger Guereza, ein junges Aefflein an der Hand führend, das sich neugierig nach mir umsah und wildlusterne Grimassen schnitt, über den Weg rannte. Im Nu waren beide verschwunden.

Ich fluchte und schlich weiter, das Gewehr schussbereit vor mich haltend. Auf einer kleinen Waldlichtung, die von Baumriesen umstanden war, legte ich mich unter ein Gebüsch auf die Lauer. Es war mein alter Stamplatz.

Ich mochte so eine Stunde lang regungslos gelegen haben, als sich plötzlich auf einem Baume, wenige Schritte von mir entfernt, in einer Höhe von vielleicht fünfzehn Metern, die Aeste auseinanderbogen und ein Guerezakopf, vorsichtig herablugend, zum Vorschein kam. Die schwarzen, kleinen Augen des Affen spähten funkelnd auf die Lichtung nieder. Er hatte mich noch nicht gesehen. Langsam, ganz langsam hob ich das Gewehr und legte an. Der Affe war etwas weiter aus dem Blattwerk herausgerückt und kratzte sich gerade emsig unter dem Arm. Noch immer hatten seine Blicke die Stelle, an der ich mich befand, nicht getroffen.

Ich zielte und schoss. Ein herzerreissender Aufschrei! Ein unendlich wehes Stöhnen! Und - plumps - plumps - fiel der getroffene Affe herunter, sich mehrmals mit letzter Kraft an den Aesten anklammernd. Dann lag er am Boden, nahe dem Stamm. Er hatte die Grösse eines vierzehnjährigen Kindes.

Trotz der fürchterlichen Schreie, die der Guereza ausgestossen hatte, war ich im ersten Augenblick nur von Siegesgefühl und befriedigter Rache erfüllt. Mein erster Guereza!

Dann aber, als ich den grossen, halbtoten Affen sah, der, auf dem Rücken liegend, stöhnte, trat augenblicklich ein Gefühlsumschwung in mir ein: auf

einmal empfand ich ängstliche Scheu und grenzenloses Mitleid mit dem sterbenden Geschöpf. Ich zog meinen Revolver und schritt zu dem wimmernden Tier. Da drehte es langsam sein kluges, schmerzverzerrtes Gesicht mir zu und sah mich mit seinen todesvollen Augen bittend und hilflos an. Ein fürchterliches Stöhnen drang aus seiner Kehle.

Ich konnte den Anblick nicht länger ertragen, setzte den Revolver an seinen Kopf und wollte abdrücken....

Da erhob der sterbende Affe seine Pfote und legte sie, kalt und feucht, auf meine Hand! Im ersten Augenblick fuhr ich entsetzt zurück. Dann aber ermannte ich mich und drückte los. Die noch immer erhobene Pfote fiel langsam ins Gras, über das Blut in die Erde rieselte. --

Als ich nachher aufstand, um mein Gewehr zu holen, das ich an einen Baum gelehnt hatte, war es fort! Noch heute weiss ich nicht, wer es mir gestohlen hat. Vielleicht ein Guereza.....?!

Harald Spitzer.

Nebel über dem Wattenmeer.^x

SPD. Seit einer Stunde sass der fremde Mann in der niederen Gaststube des armseligen Fischerdorfes, das sich geduckt, wie schutzsuchend, an den hohen Deich schmiegte. Schweigend war er in das Zimmer eingetreten und hatte wortkarg die Magd um einen Trunk gebeten. Dem Fremden gegenüber sass auf der Ofenbank der alte Hinnerk Sassen. Er liess kein Auge von dem fremden Gaste, der so unerwartet in das stille Dorf gekommen war. Es bekümmerte ihn nicht, was den Fremden hierher getrieben hatte, doch schien es ihm, als ob er das Gesicht schon gesehen hätte. Hinnerk hatte ja so viele Menschen kennen gelernt in seinen langen Seereisen. Da war es leicht möglich, dass er auch diesem auf irgend einer Decksplanke begegnet war. Aber er wusste sich nicht zu erinnern.

Plötzlich wurde der Alte durch eine Frage des Fremden aus seinem Grübeln geschreckt. "Wann ist Flut, Alter?" hatte er gefragt. Hinnerk sog bedächtig an seiner Pfeife, ehe er entgegnete: "Flot is um säben Uhr. Jüst Klock säben ant Norddiek". Der Fremde dankte durch ein kurzes Kopfnicken und sagte wie für sich selbst: "Ich muss über das Watt".

"So, du willst owert Watt?" fragte Hinnerk. "Denn pass man bannig up, dat du nich in de Priel kumst, mien Jung!"

Der Gast lächelte und entgegnete: "Ick bin Harm Kluin von Meltrum sien Jung, und de Priel kenn ick good!"

Wie ein blitzschnelles Erkennen flog es über das Gesicht des Alten. Harm Kluin war sein bester Freund gewesen. Er entsann sich noch sehr genau, dass ihm Harm einmal, als sein Schoner in Valparaiso oder in sonst einem amerikanischen Hafen lag, geschrieben hatte, dass sein Junge mit zwölf Jahren auf und davon gegangen ist. Die Enge der friesischen Hallig hatte der Knabe nicht ertragen können. Jahrelang hatte man nichts von Jan Kluin dem Ausreisser gehört, und auf der Insel galt er längst als verschollen. Und nun musste er, Hinnerk Sassen, es erleben, dass der Sohn seines Freundes in die Heimat zurückgekehrt war.

Der alte Seemann erhob sich und setzte sich zu Jan Kluin an den schweren Eichentisch. Bald waren die beiden Männer in ein eifriges Gespräch vertieft. Der Heimgekehrte hatte genug zu fragen, und Hinnerk hatte seine Last zu antworten. Auf einmal erhob sich Jan Kluin. "Ick mutt gahn. De Flot kummt in twee Stunden."

"Na, denn kumm man good hen, mien Jung, un gröt o Hus!" gab der alte Seemann ihm mit auf den Weg. Ein fester Händedruck, und langsam stieg Jan den Deich hinan. Als er auf der Kappe stand, liess er den Blick weit über die fet-

ten Marschwiesen schweifen. Schwarz=weisses Vieh graste friedlich zwischen den schmalen Grenzgräben. Dunkel ragten die Gehöfte schwerreicher Marschbauern aus dem satten Grün der Weiden. Mit offenen Augen nahm Kluin das traute heimatische Bild in sich auf. Dann wendete er sich um. Endlos grau dehnte sich das Watt zu seinen Füßen. So weit sein Auge reichte, konnte er nichts sehen als diese schwarz=graue vom Wasser verlassene Schlickfläche. Bisweilen schlängelte sich silbern in der Sonne auftauchend ein schmaler Priel durch das Watt. Mit einem tiefen Atemzuge sog Jan die herbfrische Seeluft ein, die in sanfter Brise gegen den Deich wehte. "Wie oft habe ich mich nach diesem Anblick geseht", murmelte er, "oh, mien Heimat, mien Freesland." In langen Sprüngen setzte er den Deich hinab. Hastig zog er unten Schuhe und Strümpfe von den Füßen. Dann watete er, ein versonnenes Lächeln um den Mund, durch die schlüpfrige Masse nach der See zu.

Nur mühsam kam der Wattläufer Schritt für Schritt vorwärts. Bis an die Waden sank er jedesmal in den Schlick ein. Aber stetig kam der Wanderer weiter. In der Ferne hinter ihm verblasste das helle Grün des Deichbandes, das sich als schützender Gürtel gegen die See stemmte. Jan Kluins Lungen weiteten sich schmerzhaft unter der ungewohnten Anstrengung in der frischen Meeresluft. Schon eine volle Stunde marschierte er auf die kleine Halliginsel Meltrum zu. Ringsum war nichts weiter zu sehen als die öde, graue Masse. Beutegierige Möwen stürzten sich mit schrillum, langgezogenem Kreischen auf kleine Fischlein, die im Ebbstrom des ablaufenden Wassers zurückgeblieben waren und nun den hungrigen Seevögeln eine willkommene Gabe wurden. Ungelenke Krabben stelzten seitlich, beutesuchend, über das Watt. Jan achtete nicht auf diese Erscheinungen, sondern stapfte unentwegt vorwärts. "Bald muss der Priel kommen", murmelte er und beschleunigte seine Schritte. Seit geraumer Zeit hatte er festeren Boden erreicht. Tribsand, der ihm bei jedem Schritte zwischen den Zehen mahlte.

Jan Kluin mochte etwa eineinhalb Stunden marschiert sein, als er erschreckt auf sah. Fast unmerklich stiegen aus dem grauen Watt weisse Dünste auf. Wie zarte Schleier woben sie im Windhauch. Nebel kam auf - Nebel im Watt! "De Dak!" schrie der müde Wanderer entsetzt auf, "nu ward't Tied." Er rannte fast über die glitschende Fläche. Nebel, "Dak", wie die Friesen dieses heimtückische, gespenstische Gebräu nennen, war das Gefährlichste für den Wattläufer, der einsam zwischen Land und See seinen Weg suchte. Doch nicht lange hielt Jan Kluin den hetzenden Lauf aus. Er musste seinen Gang verlangsamen. Die keuchenden Lungen waren der ungeheuren Anstrengung nicht gewachsen. Der Dunstschleier verdichtete sich rasend schnell. Bald konnte Jan seine Knie schon nicht mehr sehen. Der Nebel stoeg und stieg. Aengstlich geweitet suchten die Blicke des Mannes den Nebel zu durchdringen. Nichts war zu sehen, nur das wogende Nebelmeer. Kein Deich und keine Insel. "Oh, Gott, de Priel!" schrie Jan auf. Wenn er jetzt vor den tiefen Priel kam, war er verloren. Er konnte sich keine sichere Stelle zum Durchwaten aussuchen. Langsam begannen seine Kräfte zu erlahmen. Nur noch mühsam schleppte er sich durch die grauweisen Wolken vorwärts. Bis an die Brust reichte der Nebel ihm schon. Todesangst in den weit aufgerissenen Augen hastete der Wattläufer wieder vorwärts, um gleich darauf wieder ermatet langsamer zu gleiten. Er wusste nicht mehr, wie lange dieser Weg schon gedauert hatte.

Plötzlich stiess er einen gellenden Schrei aus. Um seine Füße verspürte er Wasser. "De Priel!" schrie der einsame Mann auf. Vorsichtig tastete er sich durch den Nebel, mit den Füßen den Boden absuchend. Aber er merkte bald, dass er nicht an den Priel geraten war. Die Flut sandte ihre ersten Wellen über das Watt. Die See lief wieder gegen den Deich an. Diese Erkenntnis durchfuhr Jan Kluin wie ein Feuerstrahl. Stunden war er schon gewandert. Längst hätte er zu Hause sein müssen. "O, Mudder, Mudder", stöhnte er, "ick bün verloren". Blindlings stürmte er vorwärts. Das "attenmeer war inzwischen ganz in das graue Leichentuch des Nebels eingehüllt. Wie vorher der Nebel, so stieg jetzt die Flut mit rasender Eile. Mit angstgeweiteten Augen irrte Jan im Wasser umher. Er wusste nicht, wohin er sich wenden sollte. Seine langgezogenen Hilferufe wurden

von keines Menschen Ohr aufgefangen. Gierig verschlang der Nebel jedes Geräusch. Allmählich kam eine unheimliche, düstere Ruhe über Jan Kluin. Er wusste, dass es für ihn keine Rettung mehr gab. Gedanken aus frühester Kindheit kamen ihm. Er dachte an sein trauliches Elternhaus, das er so früh verlassen hatte, um die Welt zu sehen. An seine alte Mutter dachte er, die nun nie mehr ihre welken Hände über seinen Scheitel legen sollte. "Mudder, mien goode Mudder", stöhnte der Todesgeweihte mit zitternden Lippen. Dann fiel er lang in die salzige Flut. Und unermüdlich stieg das Wasser gluckernd über Jan Kluin dahin.

Heinz Jacobs.

Das sogenannte Chamäleon.^x

SPD. Lola Kreutzberg hat einen kleinen Chamäleonfilm gedreht, der diese komischste aller Tropeneidechsen dem deutschen Kinopublikum nahegebracht hat. Ein Freund, den irgendein verwünschtes Schicksal in eine kleine Provinzstadt verschlagen hat, sah diesen Film, und als der grosse Moment der nächsten Reise nach Berlin gekommen war, überfiel er mich mit dem Wunsch, ins Aquarium geführt zu werden, denn da seien doch Chamäleons oder Chamäleoniden oder wie die Mehrzahl dieser Viecher nun heisse, zu sehen.

Der Laie weiss vom Chamäleon dreierlei: es kann mit jedem Auge nach einer anderen Richtung sehen, mit seiner Zunge zwanzig Zentimeter weit nach Fliegen schiessen und auf Wunsch die Farbe wechseln, was gewisse Politiker veranlasst, gelegentlich ihre Gegner auf ihren "politischen Chamäleonismus" aufmerksam zu machen. Das soll aber doch wohl bedeuten, dass der Gegner (nur der Gegner natürlich!) seine politische Farbe rechtzeitig so wechselt, dass man sie als Schutzfarbe wirken sieht. Diese Rolle hat der Farbwechsel beim Chamäleon nur in ganz geringem Masse. In der Hauptsache lässt das Tier schwarze, gelbe und grüne Wellen über seinen Körper rieseln, wenn es wütend ist. (Das soll bei Politikern allerdings auch manchmal vorkommen.)

Ich hatte also den chamäleonbegeisterten Freund ins Aquarium gebracht, und nun standen wir vor der Glasscheibe, wollten sehen, wie ein Chamäleon durch die Zweige hüpfte (mein Freund dachte sich das so), wie es Fliegen schnappt, und wie es Farbenkunststücke vorführt. Wir warteten eine Viertelstunde, und noch eine, und dann noch zehn Minuten, und dann tat uns eins der Tiere den Gefallen, seinen Standort um ganze fünfzig Zentimeter zu verändern. Dabei wurden die rohrgleichen Füsse aber so vorsichtig gesetzt, und bei jeder neuerrungenen Stellung wurde der Schwanz gleich um den Ast gewickelt, dass für die Halbmeterwanderung eine weitere Viertelstunde gebraucht wurde, zumal das arme Tier so steif zu sein schien, dass es manchmal zwei Minuten lang überlegte, ob es den erhobenen Fuss auch wieder senken sollte.

Meinem Freunde war das nicht ganz recht. Ich tröstete ihn mit meinen Literaturkenntnissen - ein Beobachter hat nämlich einmal gesehen, dass zwei gefangene Chamäleone ihre Schwänze, anstatt um den Ast, umeinander gewickelt hatten und nur gelegentlich einmal zogen. Jedenfalls hat es damals 48 Stunden (rund gerechnet) gewährt, bis der Irrtum aufgeklärt war. Immerhin hatte die nicht mehr erwartete Bewegung meinem Freunde so viel Mut gemacht, dass er vorschlug, nun auch noch einen Farbenwechsel abzuwarten. Ich hatte dazu wenig Lust, trotz aller Tierliebe. Ja, wenn die Vorschriften einer hohen Direktion nicht wären, die das Lecken der Tiere streng verbieten, und wenn nicht eine dicke Glasscheibe dazwischen wäre, die die Tugend der Folgsamkeit in solchen Fällen ganz merklich stärkt, und wenn man dann noch eine lange Nadel hätte, denn...

Dicht vor uns, hinter der tugendstärkenden Glasscheibe, sass unbeweglich ein knallgrünes, spannenlanges Untier und rollte mit den Augen. Bald wie ein

kommunistischer Diskussionsredner langsam, bald schneller wie Mussolini, manchmal auch nur für einzelne verliebte Blicke von einer Exaktheit, dass die gewissen "Damen" aus der Umgebung des Zoo vor Neid die Farbe wechseln würden, wenn sie es sähen. Acht Zentimeter vor den rollenden Augen liess sich ein Fliegenpärchen nieder. Augenblicks trat die Zungenkanone in Aktion, und für die eine Fliege war dies Leben überstanden. Die andere schwirrte auf und setzte sich -bravo, Fliegentier! - auf den Rücken des Chamäleons, wo die Zunge nicht hinlangt. Wir wollten sehen, wie es weiter wurde; da machte uns ein Beamter mit vorschriftsmässiger Höflichkeit auf den Schluss der Besuchsstunden aufmerksam. Nun möchten wir nur noch gern wissen, wieviele Jahre Lola Kreutzberg an ihrem Kulturfilm gedreht hat.

Willy Ley.

Der Tod durch Elektrizität.X

SPD. Ueber die Gefährlichkeit des elektrischen Stroms, der unter Umständen Menschen zu töten vermag, hat man im Laufe der Zeit verschiedene wertvolle Beobachtungen gemacht, aus denen sich bestimmte Vorbeugungsmassnahmen ableiten lassen. Die atmosphärische Elektrizität tötet durch direkten Uebergang des Blitzes auf den menschlichen Körper; der mittelbare Uebergang durch Telegraph und Telephon hat bisher keine Todesfälle verursacht. Der Gleichstrom ist gefährlicher als der Wechselstrom und der Drehstrom. Verhängnisvoll wird die Berührung einer Starkstromleitung durch die Erdverbindung, besonders wenn diese gut leitend ist, oder wenn bei relativ guter Bodenisolierung die eine Hand die Stromquelle, die andere ein Gasrohr, einen Wasserleitungshahn usw. anfasst.

Tödliche Unfälle ohne Berührung, vielmehr nur durch Ueberspringen sichtbarer Funken, sind sehr selten. Der Satz, dass Ströme von 500 Volt aufwärts lebensgefährlich seien, ist nicht mehr haltbar; es sind schon Todesfälle durch 100 Volt, einmal sogar durch 65 Volt Spannung entstanden. Andererseits wurden 5500 Volt und sogar 10 000 Volt nicht lebensgefährlich. Auch die Stromstärke kann erheblich wechseln; der Widerstand der Haut an der Berührungsstelle, der Widerstand an der Austrittsstelle und der Leitungswiderstand sind sehr verschieden. Bei sauberem, festem und trockenem Fussboden war ein Drehstrom von 750 Volt ungefährlich, in einem anderen Falle ein Gleichstrom von 95 Volt tödlich.

Es gibt auch sehr abweichende Vorkommnisse von Immunität gegen Elektrizität, und beim einzelnen Individuum ist die Widerstandsfähigkeit zeitlich verschieden. Ebenfalls ist die Widerstandsfähigkeit im Schlafe sehr gesteigert. Die eigentliche Todesursache steht bisher mit Sicherheit noch nicht fest. Wiederbelebungsversuche waren bei Totgeglaubten ziemlich oft von Erfolg, und auch die Tierversuche beweisen, dass es sich in vielen Fällen zunächst nur um Scheintod handelte; dass der seelische Zustand von Bedeutung ist, beweisen die Monteure, die im Schlafe von 1000 Volt getroffen wurden, ohne Schaden zu nehmen.

SPD. Berechtigte Frage.^X Der von seinem ganzen Personal gefürchtete Chef einer Firma hat eine Ferienreise unternommen. Als er nach seiner Rückkehr wieder ins Geschäft kommt, begrüsst er seine Angestellten zerstreut mit der Frage: "Na, haben Sie sich gut erholt?"

Vor Kofferdieben wird gewarnt!^x

SPD. Knorz steht auf dem Bahnsteig, neben ihm ein nagelneuer, ziemlich umfangreicher Koffer. Während andere Reisende ihr Gepäck mit Argusaugen behüten, hat Knorz seine Augen stahlhart abgewandt.

Irgendjemand bohrt ihm einen spitzen Gegenstand heimtückisch in die Kniekehle. Sozusagen mit sadistischer Absicht. Knorz brüllt würdig entrüstet: "Sie - - Menschenkind, Adolf! Jahrelang haben wir uns nicht gesehen, seitdem ich dir zwanzig Mark zur Behebung einer "momentanen" Verlegenheit lieh. Und nun treffen wir uns hier, ebenso viele Minuten vor Abfahrt des Münchner D=Zuges. Fährst du auch nach München?"

Schnorz schüttelt trübe das Haupt: "Nur bis Hof. Aber einen feinen Koffer hast du! Pass bloss auf, dass er dir nicht gestohlen wird; mir....."

Knorz winkt grossartig ab: "...kann das nicht passieren. Das ist..." - er senkt die Stimme zum Flüstern, seinen Mund an das Ohr des bedeutend kleineren Schnorz - "das ist ein Alarmkoffer. Patent von mir! Wenn man diese beiden Koffergriffe in althergebrachter Weise berührt, ertönt drei Minuten lang lautes Alarmklingeln. Wenn man zum Beispiel den Koffer so anfasst...."

Ein entsetzlich schrilles Klingeln erscholl aus dem Innern des Koffers. Ein mechanischer Hilferuf, der Umstehende aufmerksam machte!

Ein besser gekleideter Herr, der Knorz schon minutenlang unauffällig gemustert hatte, gab das Stichwort: "Ein Gepäckdieb!" Lawinengleich pflanzte sich die Parole fort. Man umdrängte Knorz, trennte ihn von Schnorz. Das verfügbare Bahnpersonal eilte zu seiner Umzingelung herbei. "Aber das ist doch kein Koffer!" weinte Knorz. "Das werden wir ja gleich sehen!" meinte der Mann mit der roten Mütze, Der bessergekleidete Herr trug den Koffer, aus dem die letzten Zuckungen der Alarmklingel tönnten, hinter dem Tross her. Dabei nickte er einem neben ihm gehenden Beamten zu: "Dem habe ich den Kofferdieb schon an der Nase angesehen! Wer weiss, welchen armen Teufel er bestohlen hatte!"

Nachdem er diesen staatsbürgerlich=sozialen Protest zornig hervorgestossen, drückte er sich gewandt durch das Gewimmel und verliess den Bahnsteig mit Hilfe einer Bahnsteigkarte.

Und mit dem nagelneuen Alarmkoffer, der jetzt treulos schwieg.....

Eusebius Klabums.

SPD. Der Zwergplanet Vesta.^x Der russische Astronom N.T. Bobrownikoff hat an der Harvard=Sternwarte in Nordamerika die Spektren der helleren kleinen Planeten zwischen Mars und Jupiter untersucht und keine Spur von einer Atmosphäre auf diesen winzigen Weltkörpern feststellen können. Selbst die grösseren Planetoiden sind nach dem Resultat seiner Forschungen dunkle Körper ohne jegliche Lufthülle, ähnlich wie Merkur oder der Erdmond, die das Sonnenlicht unverändert zurückwerfen. Bei dem Planetoiden Vesta wurde als besonders interessantes Ergebnis der Untersuchungen die Feststellung gemacht, dass seine Helligkeitsverhältnisse einer regelmässig wiederkehrenden Aenderung unterworfen sind, und zwar in einer Periode von 5 Stunden und 55 Minuten. Damit ist wahrscheinlich die Umdrehungszeit dieses kleinen Wandelsterns gefunden. Vesta ist nach den Beobachtungen vermutlich der grösste Körper in der Schar der kleinen Planeten und hat einen Durchmesser von etwa 1000 km.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 34

Berlin, den 8. Mai 1930.

Die Friedensmission der Frau.^x

SPD.Frau und Friede gehören zusammen, denn nur im Bereich des Friedens können Frauentum und Frauenwirken sich entfalten; nur abseits von Mord und Zerstörung ist Raum für Mutter und Kind. So ist die Frau durch Urinstinkte, die durch die Mutterschaft bedingt sind, in einem ganz anderen Masse zur Hüterin des Friedens geboren als der Mann. Was bei ihm erst eine Frucht innerer Bildung und Reife auf höherer Kulturstufe möglich ist, das ist bei der Frau gewissermassen als Naturanlage vorhanden. Die Sorge um ihre Kinder, die sie unter dem Herzen trug, für die sie sich verantwortlich fühlt, deren gewaltsame Tötung im Kriege sie als Sinnlosigkeit empfindet, lässt die Frau, wenn sie auf diese innere Stimme hört, die der Mutter angeboren ist, den Krieg verneinen und den Frieden bejahen. Und doch genügt diese rein gefühlsmässige Einstellung, so wertvoll und unschätzbar sie an sich ist, nicht mehr für die moderne Frau, die dem Frieden dienen und den Krieg verhindern will. Die Sozialistin unserer Zeit, die im Rahmen der sozialdemokratischen Partei für die grossen Ziele der Friedensbewegung und eines geeinten Europa mitwirken will, muss über ein ganz anderes geistiges Rüstzeug verfügen, wenn sie die Millionen der heute noch verhetzten, unwissenden, abseits stehenden Frauen überzeugen und für ihre Ideen begeistern will. Nicht nur auf Grund ihrer Mutterschaft allein, aus tiefster Sorge um das heranwachsende Geschlecht, ist die moderne Frau für den Frieden der Welt tätig. Ihr tief innerliches Gefühl wird vielmehr gestützt und getragen von logischen Erkenntnissen, von politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Praxis.

Jede Arbeiterin, die in einer Fabrik tätig ist, weiss heute um die Zusammenhänge von Produktion und Verbrauch, um ihre Rückwirkungen auf die soziale Lage aller Arbeitenden. Es nützt nichts, wenn in der Fabrik noch so fleissig und tüchtig gearbeitet wird und dabei nicht der genügende Absatz vorhanden ist. Die Arbeitszeit muss eingeschränkt werden, die Arbeitslosigkeit steigt, und mit ihr wachsen Armut und Elend der arbeitenden Klassen. Jede Arbeiterin, ob sie nun in der chemischen Industrie oder am fliessenden Bande, in der Werkstatt oder im Büro tätig ist, weiss auch, dass jedes Einzelland Europas heute sich mit einer Fabrik vergleichen lässt, die arbeiten und verkaufen möchte, die alles daran setzen möchte, um die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu verringern um ihre Finanzen zu ordnen, um Nachbarländer als Absatzgebiete für ihre Waren heranzuziehen. Jedes Land strebt nach dem ökonomischen Gleichgewichte der Länder Europas, nicht aus politischen, aus ethischen Erwägungen, sondern aus bitterster wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus. Und selbst Europa ist heute in seiner Gesamtheit nur noch ein verhältnismässig kleiner Erdteil, der nicht getrennt von den Kontinenten Amerikas und Asiens, Afrikas und Australiens leben kann, denn es muss das grösste Interesse daran haben, am Weltmarkt erfolgreich teilnehmen zu können. Wie aber hat sich die Lage Europas seit dem Kriege im Verhältnis zu Amerika gestaltet? Seit dem Jahre 1913 haben die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr um 785 Millionen Dollar vermehrt, oder, anders ausgedrückt, sie haben den europäischen Ländern für etwa 450 Millionen Dollar Bestellungen weggenommen. Während man in Europa damit beschäftigt war, sich gegenseitig während vier Jahren auf das mörderischste und erbarmungsloseste zu bekämpfen, entstanden überall in der Welt, in den entferntesten Zipfeln Asiens und Afri-

kas, neue Fabriken, neue Industrien, die die heimische Wirtschaft so billig und so gut zu versorgen imstande waren, dass der europäische Kaufmann hier verschlossene Türen fand, als er nach dem Weltkriege dort anklopfte. Jede denkende Frau kann auf Grund dieser nüchternen Tatsachen auf die Wirkung schliessen, die ein zweiter europäischer Krieg nicht nur für Deutschland, sondern für alle Staaten Europas nach sich ziehen muss. Heute schon kämpfen wir verzweifelt mit Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Finanzschwierigkeiten - eine Wiederholung des Weltbrandes würde den vollkommenen Ruin bedeuten und die düstere Voraussage Oswald Spenglers vom "Untergang des Abendlandes" zur Wirklichkeit werden lassen.

Leider lebt in nur zu vielen Frauen von heute noch ein verlogener, vollkommen der Wirklichkeit widersprechender Begriff des "Männlichen", des "Heldenhaften". Sie wenden immer wieder ein, selbst wenn sie diese nicht zu leugnenden wirtschaftlichen Beweisgründe gegen den Krieg gelten lassen, dass der Friede die besten Kräfte des Menschen verkümmern lasse, dass er das Heldische zugunsten des Schwächlichen, Lebensuntüchtigen zum Sterben verurteile. Diese Frauen, die meist dem Leben vollkommen fremd geworden sind, und die ihre geistige Nahrung nur aus kitschigen, romantisch gefärbten Kriegsbüchern ziehen, kann man nur dadurch überzeugen, dass man ihnen einen Blick in die Wirklichkeit vermittelt: Dass man ihnen die Helden der Arbeit zeigt, tief unten in den Kohlen- und Erzbergwerken, beim lebensgefährlichen Bau der Brücken und Hochhäuser, auf schwindelndem Gerüst, beim Bedienen der Kräne und der ratternden Maschinen. Auf dem Kampfplatz des Lebens, der die ganze Tüchtigkeit der Persönlichkeit erfordert, bedarf es einer ganz anders ausgeprägten heldenhaften Gesinnung als im modernen Gaskrieg, in dem nicht die Tüchtigkeit des Einzelnen, sondern die Wirkung der möglichst zahlreichen und möglichst raffiniert ausgeklügelten technischen Hilfsmittel entscheidet!

Sind wirklich die Länder Europas in ihrer geistigen und seelischen Struktur so verschieden, dass "Kriege sein müssen"? Gibt es wirklich eine stark ausgeprägte "deutsche Seele", die von der französischen oder der englischen vollkommen verschieden ist? Gewiss - die Sitten und Gebräuche, der Volkscharakter, die nationalen Eigentümlichkeiten sind so verschieden von einander wie Bergland und Tiefebene, wie Klimata und Breitengrade. Aber liegt nicht ein tiefer Sinn in der Tatsache, dass beispielsweise ein so "kerndeutscher" Musiker wie etwa Robert Schumann tief unter dem Eindruck französischer und englischer Gedankenwelt stand, dass unsre gesamte deutsche Romantik ohne die französische und englische Geisteswelt einfach nicht zu denken ist! Wer sich die Zeit nimmt, sich einmal aufmerksam in die Geistesgeschichte unsres Volkes zu versenken, der wird immer wieder überrascht sein von den Strömungen, die ganz Europa durchziehen, die weder an politischen noch an Zollgrenzen, an Gebirgszügen noch Ozeanen Halt machen.

So steht der modernen Frau, die aus innerster Überzeugung für den Frieden Europas wirken will, eine unübersehbare Fülle von Beweismaterial zur Verfügung, das ihre Erkenntnis nicht nur gefühlsmässig, sondern auch auf dem Wege verstandesmässigen Denkens und Urteilens vertiefen und ergänzen kann. Jahrzehnte liegen zwischen uns und der Vorkriegszeit, in der der Ruf einer mutigen Frau, Berthas von Suttner, "Die Waffen nieder!" einen Sturm der widersprechendsten Empfindungen ausgelöst hatte. Heute vereinigen sich ungezählte Frauen in diesem Rufe und erfüllen damit das Wort, das der Führer der paneuropäischen Bewegung, Coudenhove-Calergi, den Frauen aller Erdteile und Länder zurief: "Die politische Mission der Frau ist der Friede. Dies ist das grosse Geschenk, das Europa von der Frau erwartet."

Schadenersatz.^x

SPD. "Was Sie nicht sagen, Schwester Agnes - drei Wochen liege ich nun schon in dieser feinen Klinik, und Nacht für Nacht haben Sie an meinem Bette gesessen, weil es sozusagen auf Leben und Tod mit mir ging? Ich will Sie nicht kränken, Schwester, aber die Mühe hätten Sie sich sparen können und der reiche Herr, der mich überfahren hat, die Kosten. Sehen Sie, ein paar Wochen früher hätt' mir das Malheurchen passieren müssen, und alles wär' gut gewesen - dann freute ich mich jetzt meines Lebens. - So aber tut mir das rausgeworfene Geld leid, und dass da auch noch so ein junges Blut wie Sie, Schwester Agnes, sich lange Nächte den Schlaf um die Ohren schlägt, um aufzupassen, dass ich nicht etwa abkratze! Na ja, für den reichen Herrn ist es ja so besser. Mein kostbares Leben erspart ihm einen unangenehmen Prozess mit so allerhand Drum und Dran. Der kann seine Zeit besser verwenden. Aber mir, Schwester, - - mir wär' wohler, wenn es anders gekommen wäre.

Sie brauchen nicht gleich das Thermometer zu holen, Schwester. Mir geht es leider nur allzu gut. - Schadenersatz? - Ach nee! Auch noch Schadenersatz will der reiche Herr leisten? - Darüber könnt' ich mich beinahe totlachen - pardon, ich soll ja partout leben bleiben; entschuldigen Sie schon; das neue Leben, das ich da anfangen, ist aber auch zu komisch! Geld, viel Geld soll ich kriegen! Vor ein paar Wochen wär' ich schon mit Arbeit zufrieden gewesen. Aber dafür hat kein Mensch Interesse gehabt. Da hab' ich opfern müssen, nichts wie opfern. Das Liebste, was so ein armer Proletarier, wenn er noch ein bisschen Dusel hat, haben kann: ein braves Weib hab' ich hergeben müssen. Und warum? Weil das Geld nicht da war, das sie mir jetzt wegen ein paar gebrochener Knochen aufdrängen wollen.

Haben Sie keine Bange, Schwester Agnes, weil ich so viel rede - der Mensch muss sich mal ausquatschen; das wird Ihnen ja schon öfter vorgekommen sein. So ein Päckchen tragen, das tun wir ja alle; - der eine trägt's leichter, der andere schwerer, und manche brechen darunter zusammen und kommen nicht wieder auf. So ist das mit mir. Da hilft kein Geld mehr und keine gute Pflege. Wenn da drinnen etwas kaputt ist, kann es auch der Herr Professor nicht mehr flicken, und der versteht doch sein Handwerk. Und woher kommt das viele Leid auf der Welt, Schwester? Weil sich Menschen, denen es immer gut gegangen ist, irgendetwas ausdenken, was dann für alle gilt - auch für solche, die ihr Leben tag nichts wie Not und Elend kennen gelernt haben. Es ist sogar beinahe so, als wären gerade für die Ärmsten, was man so Gesetze nennt, gemacht, denn die Reichen, die brauchen nur mit ihrem Gelde zu kommen, und gleich sieht so ein Gesetz nicht mehr so schlimm aus. Jawohl, Schwester, so ist es! Sehen Sie, vor zwei Jahren haben wir uns kennengelernt, meine Lisbeth und ich. Sie hat keinen Menschen gehabt und ich auch nicht; was sollten wir da länger so jeder allein bleiben! Nach niemandem haben wir gefragt und ohne viel Umstände geheiratet. Eine Kochstube war unsre ganze Wohnung, aber pickfein war die. Meine Lisbeth, das war aber auch eine! In aller Frühe war sie schon auf den Beinen, und wenn ich wach wurde, war alles schon fix und fertig, und sie hat schon ihre fröhlichen Lieder geschmettert und ihren Jux mit mir gemacht. Zusammen gingen wir in die Fabrik und nach Feierabend auch wieder zusammen nach Hause. Die Lisbeth tat's nicht anders; sie wollte noch mitverdienen für eine schöne Wohnung, wissen Sie?

Bis ich arbeitslos wurde. - - Jeden Morgen gab es mir einen Stich, wenn die Lisbeth allein gehen musste, wenn sie auch noch so vergnügt dabei tat. Und eines Nachts war ihr so elend zu Mute, trotzdem ging sie am Morgen wie immer los. Ein paar Stunden später kam sie schon wieder nach Hause, weiss wie ein Bettlacken, wo doch meine Lisbeth immer sonst wie eine Rose blühte, Schwe-

ster. Na, und dann kam der Arzt, untersuchte sie, lachte und meinte, es wär' nichts Schlimmes; nur ein Kind erwarte die Lisbeth. Als er gegangen war, sass ich an ihrem Bette und spielte ihr Vaterfreuden vor. Aber ihr Gesicht wollte und wollte nicht fröhlich werden. Den ganzen Tag sagte sie kaum etwas. Am andern Tage fing ich wieder davon an. Da sagte sie, das ginge doch gar nicht, dass sie ein Kind bekommen sollte, jetzt - wo ich keine Arbeit hätte und in der Fabrik immer mehr Leute entlassen würden. Schliesslich sah ich das auch ein. Sicher könnte man noch etwas dagegen tun. Die Lisbeth hatte ja Recht; wovon hätte ich ein Kind ernähren sollen? Von meiner Arbeitslosenunterstützung? So ein Kind muss ordentliche Pflege haben, wenn etwas aus ihm werden soll.

Die Lisbeth weinte damals oft. Sie hatte ja Kinder so gern, und ihr eigenes sollte sie nun hergeben... Da gingen wir dann mal zu einem Arzte. Der hörte sich auch alles geduldig an, untersuchte die Lisbeth und sagte, so gesunde Mütter gäbe es selten; sie müsse ihr Kind bekommen; er mache sich strafbar, wenn er was dagegen tue. Ich konnte es erst garnicht glauben und versprach ihm, er bekäme schon sein Geld. Ich dachte, er traue uns armen Leuten in diesem Punkte nicht. Aber er ging nicht davon ab: das Gesetz binde ihm die Hände - und schon waren wir wieder draussen. Die Lisbeth war ganz verzweifelt, und ich rannte mir die Füsse wund nach Arbeit - immer vergebens.

Ein paar Tage später komme ich nach Hause, da liegt die Lisbeth im Bett und windet sich vor Schmerzen. In ihrer Not war sie nun doch bei so einem Weib gewesen, wovor ich sie so gewarnt hatte; die hatte es für ein paar Mark gemacht. Und wie hat sie es gemacht! Solange ich lebe, werde ich das Schreien und Wimmern meiner armen Lisbeth nicht vergessen. Die Nachbarn liefen zusammen, holten einen Arzt, denselben, der uns fortgeschickt hatte, aber der konnte nun auch nicht mehr helfen... Am Morgen war meine Lisbeth tot. - Gegen das Weib hat' ich garnichts unternommen; was bleibt den armen Proleten denn anders übrig als bei ihr immer wieder das Lotteriespiel um Leben und Tod zu wagen! Das Gesetz will es ja nicht anders.

Das ist meine Geschichte, Schwester Agnes. Nun werden Sie vielleicht verstehen, dass ich auf das Geld pfeife, das ich bekommen soll. Jetzt helfen sie mir nicht mehr damit...

Sie sagen ja garnichts, Schwester Agnes? -
Schwester, schlafen Sie? -

+ + +

Lokalnotiz aus der Morgenpresse: Heute Morgen gegen fünf Uhr fanden Krankenhausangestellte den Arbeiter F.K., der vor drei Wochen von dem Auto des bekannten Bankier B. überfahren wurde, im Hofe der Klinik tot auf. K. hat sich in einem unbewachten Augenblick, wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Umnachtung, aus einem Fenster des im dritten Stock gelegenen Krankenzimmers herabgestürzt. Durch einen Schädelbruch trat der Tod auf der Stelle ein.

Gretl Glogau.

SPD. Shaws Frauenbuch.^x Bernhard Shaw's "Führer für intelligente Frauen zum Sozialismus" ist kürzlich ins Hebräische übersetzt worden und soll demnächst in Palästina veröffentlicht werden. Shaw hat selbst ein Vorwort dazu geschrieben, in dem er sagt, er schicke dies Buch ebensowohl nach Zion, wie in das Lager der Philister, denn Zion müsse schwimmen oder sinken mit dem Strom der modernen Zivilisation.

Frühjahrskatarrhe.^x

SPD. Die wechselnden Wetterlaunen des Frühjahrs führen nach alter Erfahrung zu einer Häufung der Erkrankungen des Atmungsapparates, besonders seiner Eingangspforten. Husten, Schnupfen und Halsweh gehören zu den am meisten gefürchteten, dabei am weitesten verbreiteten Frühlingsboten. Die Entzündungen der Nasenschleimhaut, der Rachenorgane und der Luftröhre werden durch Krankheitserreger hervorgerufen, deren mikroskopischer Befund auf den Schleimhäuten der meisten, wenn nicht aller Menschen auch während des ganzen übrigen Jahres festgestellt werden kann, ohne dass die Betreffenden an einer eigentlichen Erkrankung leiden. In der ersten Blütezeit der Bakterienforschung glaubten viele Fachleute, dass schon die Anwesenheit der Bakterien genüge, um die ihnen zugehörige Erkrankung hervorzurufen. Heute jedoch wissen wir, dass der Bazillus nur dann seine gefährliche Wirkung ausüben kann, wenn er auf einen geeigneten Nährboden, d.h. auf ein in seiner Blutversorgung geschädigtes Organ gerät. In gesunden Geweben ist der Bazillus machtlos; die natürlichen Abwehrstoffe des Körpers werden da in genügender Menge gebildet und verhindern den Bazillus, seine unheilvolle Wirkung zu entfalten.

Eine häufige Ursache örtlicher Schädigungen, nach denen die Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen Bakteriengifte eintritt, ist die lokale Durchblutungsstörung bei längerer Einwirkung von Kältereizen oder Durchnässung; in der Alltagssprache nennt man so etwas Erkältung. Aber die Erkältung ist es nicht allein, die die Frühjahrskatarrhe hervorruft, denn oft kommt es zu einer starken Ausbreitung dieser leichten Infektionskrankheiten, ohne dass die Temperaturschwankungen erheblich waren. Die Zusammenhänge sind viel komplizierter, und Erkältungen und Durchnässungen sind nur ein Teil aus der Fülle der Ursachen, die zum Ausbruch der Infektion führen.

Manchmal bricht ein Massenschnupfen mit solcher Schnelligkeit der Verbreitung aus, dass an eine Übertragung von Mensch zu Mensch, also die durch Husten und Niesen erfolgte Überimpfung des Krankheitsstoffes von einem Menschen auf den andern schwer zu glauben ist. Das müsste schon ein ganz besonders giftstarker Bakterienstamm sein, der mit solcher Geschwindigkeit, beinahe explosionsartig, eine ganze Grosstadt in Mitleidenschaft zieht. Und gegen die besondere Giftigkeit spricht der meist leichte und harmlose Verlauf der Krankheitsfälle.

Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Massenwirkung auf einer Organschädigung beruht, die gleichmässig alle Bewohner eines grösseren oder kleineren Lebensraumes befällt. Die Schuld an dieser Allgemeinschädigung ist zweifellos klimatischen Veränderungen zuzuschreiben. Kälte und Nässe allein sind dabei nicht ausschlaggebend, denn bisweilen tritt solch ein Massenschnupfen ganz spontan in der warmen Jahreszeit auf, ohne dass Temperaturstürze vorgegangen wären. Bestimmt spielt der Luftdruck eine wesentliche Rolle, aber auch der elektrische Zustand der Atmosphäre darf nicht ausser Acht gelassen werden. Eine ganze Anzahl von Beobachtungen spricht für diese Annahme; nur fehlen noch die systematischen statistischen Reihen, die einwandfreie Folgerungen gestatten. Bekannt ist, dass namentlich Leute mit "nervösem Herzen" sehr feinfühlig auf Luftdruckschwankungen reagieren, und wenn es dabei auch nicht gerade zu körperlichen Veränderungen kommt, so gestattet doch das wechselnde seelische Verhalten unter dem Einfluss von Witterungsveränderungen einwandfreie Schlüsse. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen unter der Einwirkung steigenden oder fallenden Luftdrucks die Druckverhältnisse der Flüssigkeit im Rückenmarkskanal sich geändert haben, die wiederum mit den Hirnhöhlen in Verbindung steht. So ist der Weg zur Erforschung körperlicher Veränderungen gegeben, die durch Einflüsse des Klimas auf dem Weg über die Druckverhältnisse in den Geweben des Zentralnervensystems zustande kommen.

Die weitere Forschung wird vermutlich vor eine ganze Fülle von Problemen

gestellt werden. Die Zusammenhänge tun uns nicht den Gefallen, so übersichtlich zu sein wie beispielsweise der Parallelismus zwischen der Sonnenflecken-tätigkeit und den erdmagnetischen Störungen. Verzögerungen der Reaktionsge-schwindigkeit des menschlichen Körpers wechseln ab mit einem Vorausgehen des "physiologischen Uhrwerks"; in diesem Falle haben wir es mit den "wetter-fühligen" Menschen zu tun, die Witterungsänderungen verspüren, bevor noch das Barometer sich zu rühren beginnt. Auch Stürme, die bisweilen mit Luft-druckschwankungen örtlich nichts zu tun haben, machen sich im Verhalten des Körpers bemerkbar. Es gibt Menschen, die von heftiger Luftbewegung "ganz ner-vös" werden, und selbst abgebrühte Alpinisten berichten übereinstimmend, dass sie durch heftig bewegte Luft in ihrer sportlichen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt, ja sogar ganz "verbiestert" werden.

Wie der Nervenapparat, der die Tätigkeit des Herzens beeinflusst, unter dem Einfluss klimatischer Veränderungen in seinem Erfolgsorgan, eben dem Her-zen, Störungen hervorruft, so wird dieser Wechsel von Ursache und Wirkung wohl auch für die Nervenversorgung anderer Körperprovinzen gelten. Dabei brau-chen die äusseren Folgeerscheinungen einander nicht zu gleichen, obgleich die Ursachen ja gleich sind, denn der Ort und die Art der Erkrankung richtet sich nach der Besonderheit des aus inneren Ursachen heraus in seiner Widerstands-fähigkeit geschwächten Organs. Bei der Behandlung der einzelnen Erkrankungen muss man sich dann natürlich nach dem Einzelfall richten.

Eine allgemeine Vorbeugung ist möglich, und diese Vorbeugung beruht auf der stets wachen Bereitschaft der allgemeinen Abwehrkräfte, deren Mobilisie-rung durch Giftschädigungen des Gesamtorganismus natürlich erschwert ist. Ein Beispiel dafür haben wir in der Widerstandslosigkeit der Alkoholiker gegen Lungenentzündung; bei Trinkern sind das Herz und die als Entgiftungsdrüse wir-kende Leber fast stets in Mitleidenschaft gezogen, und das erklärt die Wehr-losigkeit dieser Menschen gegen die Bakteriengifte. Durch Übung kann man die Krankheitsabwehrfähigkeit des gesamten Körpers ebenso kräftigen wie die Lei-stungsfähigkeit der Muskeln durch sportliches Training. Nur darf diese Übung nicht etwa in einer schematisch gedankenlosen Kaltwasserkur bestehen. Die Kunst der gesundheitlichen Körperbeeinflussung besteht im Individualisieren. Das ist vielleicht die schwierigste Technik in der Heilkunst. Wer sich aufs Gera-tewohl ohne fachliche Beratung im Schnellzugstempo abzuhärten versucht, der gleicht dem Manne, der an einer Hochspannungsleitung herumbastelt, in der Hoff-nung, dass der Zufall ihn vor einer Einschaltung in den Stromkreis bewahren werde.

Curt Biging.

"Er soll dein Herr sein...." x

SPD. Eine französische Schauspielerin muss es sich wohl überlegen, zu heiraten. Das ist die Lehre, die neuerdings ein Urteilspruch den auf der Bühne tätigen französischen Frauen aufzwingt. Es gibt nämlich in Frankreich ei-nen Gesetzesparagrafen, der dem Ehegatten das Recht gibt, seiner Frau das öffentliche Auftreten zu verbieten. Bereits die grosse Sarah Bernhardt musste sich dieser mittelalterlichen Bestimmung fügen und so lange der Bühne fern-bleiben, bis ihre Ehe geschieden war. Kürzlich hat nun auch Jane Aubert, der grosse Stern der Pariser Kleinbühnenkunst, mit dem unliebsamen Gesetz Bekannt-schaft machen müssen.

Die nicht nur wegen ihrer Kunst, sondern auch wegen ihrer Schönheit be-rühmte und ausserordentlich beliebte Sängerin, heiratete im vergangenen Jahr einen amerikanischen Dollarmillionär. Anscheinend haben aber seine Dollars

mehr gezogen als er selbst, denn es gab bald zwischen dem ungleichen Paar grossen Krach und Streit, der damit endete, dass der Grosse aus dem Dollarlande seiner Frau verbot, weiterhin die Bühne zu betreten. Jane Aubert kümmerte sich nicht darum, und allabentlich war sie in einem Pariser Theater zu bewundern. Die Theaterleitung schlug sogar Reklame aus dem Ehezwist und verkündete auf den Plakaten, Frau Aubert singe gegen den Willen ihres Gatten. Der Amerikaner jedoch ging ans Gericht, und der Urteilspruch lautete: Frau Aubert darf nicht mehr auftreten, und so oft sie das Verbot übertritt, muss nicht nur sie, sondern auch das Theater dreitausend Francs Geldbusse an den Ehemann entrichten. Durch diese Entscheidung ist natürlich die Direktion gezwungen, auf Frau Aubert zu verzichten.

Der betreffende Paragraph war den Anwälten der Künstlerin sehr gut bekannt. Sie hatten aber geglaubt, durch die Heirat mit dem Amerikaner habe ihre Mandantin das amerikanische Staatsbürgerrecht erworben. Das war jedoch ein Trugschluss, denn nach einer neuen nordamerikanischen Verfügung behalten angeheiratete Ausländerinnen ihre ursprüngliche Staatszugehörigkeit, und das Pariser Gericht musste deshalb Frau Aubert als Französin bewerten und danach verurteilen. Dadurch erhält der amerikanische Gatte der Künstlerin seinen Willen, und die französische Bühne muss auf eine grosse Künstlerin verzichten.

So sehr man ein solches Gesetz und die sich daraus ergebenden Folgen beklagen muss, so angebracht ist freilich die Lektion, die der Künstlerin und ihren Kolleginnen durch das Urteil gegeben worden ist. Es ist in Europa für die grosse Schauspielerinnen aller Art geradezu eine unsittliche Mode geworden, Dollarmillionäre zu heiraten. Mit Liebe hat das kaum etwas zu tun, und das Alter des Ehegatten spielt ebenfalls keine Rolle. Die Hauptsache ist der blanke Zaster. Später hoffen sich die Lieblinge des Publikums mit grossem Vorteil irgendwie aus der Affäre zu ziehen, ganz abgesehen davon, dass sich diese sich geradezu verkaufenden Frauen einen Luxus und eine Reklame leisten können, die manchem ebenso guten, jedoch nicht so vom Glück begünstigten Bühnentalent den Aufstieg versperren. Von fair play ist hier schon lange nicht mehr die Rede. Früher waren es die fürstlichen Höfe und deren Gunst, die oft den Weg einer Künstlerin bestimmten. Heute sind die Grubenherzöge und Erdölbarone an die Stelle der Prinzen und Hofschranzen getreten. Das ist nicht weniger unästhetisch und nicht weniger zu verurteilen. In dieser Hinsicht übt vielleicht ein mittelalterliches Gesetz eine gute Wirkung aus, obwohl es eigentlich längst kein Daseinsrecht mehr besitzt und deshalb so schnell wir möglich verschwinden müsste.

A.

SPD. Ein närrischer Frauenfeind. Die ganze Geistesverfassung der Alttürken kam vor der türkischen Öffentlichkeit in diesen Tagen, da den türkischen Frauen das Gemeindevahlrecht gewährt und das Parlamentswahlrecht in Aussicht gestellt worden ist, noch einmal in einem sensationellen Zeitungsartikel des bekannten Stambuler Arztes Mashar Osman Baj zum Ausdruck. Der Arzt überschüttet die nach politischen Rechten verlangenden Frauen mit Hohn und Spott und erklärt rundweg, dass die Frau keinesfalls ein dem Manne ebenbürtiges menschliches Wesen sei. Die Frau sei nur geschaffen, um den Gelüsten des Mannes dienstbar zu sein und für die Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts Sorge zu tragen; ihr falle also gewissermassen eine pflanzliche, aber keine gesellschaftliche Funktion zu. Die Frauen den Männern gleichstellen hiesse nichts Anderes, als die Welt auf den Kopf stellen wollen.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 8. Mai (Eig. Bericht)

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die zweite Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Mein Etat ist erst vor drei Tagen im Hauptausschuss verhandelt worden. Alter aber nicht gerade guter Übung gemäss, werden bei meinem Etat meist Angelegenheiten behandelt, die nur mittelbar, oft aber überhaupt nicht zur Zuständigkeit meines Amtes gehören (Widerspruch o. d. Kom.) So ist auch die Tatsache, dass ich an dem von dem Verein zur Pflege der Kriegergräber veranstalteten Volkstrauertag in Magdeburg auf einer von der Sozialdemokratischen Partei anlässlich der 10. Wiederkehr des Tages des Kapp-Putsches veranstalteten Kundgebung gesprochen habe, Gegenstand der Kritik gewesen, die auch ihren Niederschlag in einer Grossen Anfrage der deutschnationalen Fraktion gefunden hat, die hier mit zur Beratung steht.

Wenn in der Ausschussberatung behauptet wurde, dieser Volkstrauertag sei aus dem Empfinden der breiten Volksmassen geboren, so muss ich dem entschieden widersprechen. Diese Veranstaltung ist durch den erwähnten Verein, der in seinem eigentlichen Aufgabenkreis Verdienstvolles geleistet hat, in dem Bestreben, seinen Tätigkeitsbereich zu erweitern und dadurch seinen Vereins-Apparat zu erhalten und seine Sammlungen ertragreicher zu gestalten, geschaffen worden. Nachdem seine Bemühungen, die öffentlichen Körperschaften zur Einführung eines offiziellen Volkstrauertages zu veranlassen, gescheitert waren, hat er aus eigener Initiative diesen Tag festgesetzt. Es handelt sich sonach mehr um eine Ver-einsangelegenheit, als um eine allgemeine Volkssache. Die preussische Regierung hat sich ebenso wie übrigens auch die bayerische und württembergische, wie wohl auch Regierungen anderer Länder, bisher ablehnend verhalten. Dazu kommt für mich persönlich, dass die Art, wie dieser Volkstrauertag in einzelnen Orten begangen wird, mir auch Veranlassung gibt, mich ihm fern zu halten. Wie in ändern Jahren, ist auch in diesem Jahre bei den verschiedensten Veranstaltungen das Bestreben zutage getreten, an diesem Tage das Gedächtnis an die Toten des Weltkrieges zur Weckung und Regehaltung des Revanchegedankens, wie auch z. T. zur Kritik des heutigen Regimes zu missbrauchen.

Die Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei vom 16. März dienten der Erinnerung an den verbrecherischen Kapp-Putsch, durch den vor zehn Jahren viel Ungemach über das deutsche Volk gebracht wurde, zahlreiche Menschen ums Leben kamen, derer auch zu gedenken war. Sie sollten dem Volk den Willen stärken, sich allen ähnlichen Unternehmungen, mit denen auch heute noch in rechtsradikalen Kreisen gespielt wird (Lachen rechts), mit aller Kraft entgegenzustellen. Es handelte sich dabei um durchaus ernste Kundgebungen, durch die die Veranstaltungen des Vereins zur Pflege der Kriegergräber am Volkstrauertage nicht im geringsten gestört wurden. Es lag auch somit für mich keine Veranlassung vor, mich meinen Parteifreunden zu versagen und die Beteiligung an ihrer Kundgebung abzulehnen.

Wenn im Ausschuss erklärt wurde, dass dieser Tag ein geeigneter Anlass war, das ganze Volk in einem gemeinsamen einheitlichen Fühlen und Denken zu vereinigen, so trifft das leider im Hinblick auf die politische Zerrissenheit unseres Volkes und seiner gegensätzlichen Stellungnahme zu den mit dem Weltkriege zusammenhängenden Problemen nicht zu. Denn während der eine Teil seine Kundgebung am Volkstrauertag in dem Gelöbnis "Nie wieder Krieg" ausklingen liess, marschierte der andere Teil unter den Klängen des Liedes "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" auf. Und selbst bei kirchlichen Feiern konnten

sich evangelische Geistliche nicht versagen, die Dolchstosslegende aufzuwärmen, Ausdrücke wie "Polnische Aasgeier" und "Gallischer Hahn" zu gebrauchen (Hört! Hört! b.d. Soz), davon zu reden, dass das deutsche Volk durch den heillosen Parlamentarismus sich einen Reichstag gewählt habe, der dem Young-Plan zur Annahme verholfen, und dass die Unfähigen und Stümper, die heute an der Spitze von Staat und Gemeinden ständen, beseitigt und wirkliche Führer an ihre Stelle gesetzt werden müssten (Sehr richtig! rechts, Unruhe links). Dass derartige Veranstaltungen nicht dem gemeinsamen Fühlen und Denken des Volkes entsprechen, ist klar (Sehr wahr! b.d. Soz), sodass für mich keine Veranlassung vorlag, mir durch diese Veranstaltung des Volkstrauertages in meiner ausserdienstlichen politischen Betätigung irgend welche Beschränkung aufzuerlegen.

Übrigens möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass der Missbrauch evangelischer Kirchen zu Veranstaltungen der Art, wie ich sie vorher erwähnte, und zu Stahlhelmfestern nicht gerade dazu beitragen kann, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern (Aha! und Hört! Hört! rechts). Gleichwohl sind diese Verhandlungen, der Zusage der Staatsregierung gemäss, sofort nach Abschluss des Konkordats mit der katholischen Kirche aufgenommen worden und werden mit allem Ernst und Eifer fortgesetzt, sodass in nicht allzu ferner Zeit greifbare Ergebnisse zu erwarten sind (Unruhe rechts und Rufe: Hoff, O Du arme Seele!).

Sodann ist auch die Entfernung von drei Landräten aus ihrem Amt in der Provinz Hannover Gegenstand der Kritik im Ausschuss und noch mehr in einem Teil der hannoverschen Presse gewesen. Nachdem auf dem Provinziallandtag der Provinz Hannover der Oberpräsident als Kommissar der Staatsregierung ausdrücklich erklärt hat, dass die dort beabsichtigte Stellungnahme gegen eine Massnahme des Provinzial-Schulkollegiums nicht zur gesetzlichen Zuständigkeit des Provinziallandtags gehöre und daher weder Gegenstand der Erörterung noch der Beschlussfassung sein dürfe, durften die Landräte als politische Beamte, auch in ihrer Eigenschaft als Provinziallandtagsabgeordnete, nicht an der Erörterung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes sich beteiligen (Widerspruch rechts). Taten sie es doch, so war das ein Affront gegen die Staatsregierung, und ihren obersten Vertreter in der Provinz, was nicht geduldet werden konnte. Die Herren mussten aus ihren Ämtern, in denen sie von Amts wegen die Politik der Staatsregierung im Kreise evtl. auch dem Kreistag gegenüber zu vertreten hatten, entfernt werden.

Wenn dieses Vorgehen der Staatsregierung nunmehr von einem Teil der Presse in Hannover nicht nur heftig kritisiert, sondern auch zum Anlass genommen worden ist, eine "Los von Berlin"-Bewegung zu inszenieren, wenn gar diese Angelegenheit mit der wichtigen Frage der Reichsreform in Verbindung gebracht wird, so ist das im höchsten Grade bedauerlich. Es wäre für die Reichsreform, für die anderweitige Gestaltung unserer innerstaatlichen Verhältnisse ein schlechtes Omen, wenn sie eine derartige, im Interesse der Staatsraison unbedingt notwendige Regierungsmassnahme zum Ausgangspunkt hätte. Ich möchte mich daher der Hoffnung hingeben, dass man auch in Hannover einsehen wird, dass es wenig staatliches Denken und staatspolitisches Verantwortlichkeitsgefühl verrät, wenn man aus diesem Anlass, bei dem es sich um nichts weiter als um eine notwendige Verwaltungsmassnahme handelt, den Gedanken der Separation in weite Volkskreise trägt.

Der Herr Minister des Innern, als zuständiger Ressortminister, wird demnächst die Herren von der Provinzialvertretung empfangen und ihnen diese Gesichtspunkte darlegen. Ich hoffe, dass das dazu führen wird, dass der Provinziallandtag und die übrigen Provinzinstanzen sich in Zukunft im Rahmen der inner durch Gesetz gezogenen Zuständigkeiten halten werden.

In ausserpreussischen Ländern wird es mitunter so dargestellt, als ob durch die Aufwendungen aus Reichsmitteln für die Osthilfe dem Staate Preussen

ein besonderer Dienst erwiesen werde. Zu einer derartigen Argumentation kann man nur kommen, wenn man von der Auffassung ausgeht, dass es ein besonderer Vorzug für Preussen war, als einziges deutsches Land durch den Friedensvertrag erhebliche Gebietsteile und Vermögenswerte von über drei Milliarden zu verlieren und seine Provinzen durch den unsinnigen polnischen Korridor zerreißen zu lassen. (lebh. Zustimmung).

Die für die Ostbezirke unbedingt notwendigen Hilfsmassnahmen belasten aber nicht nur das Reich, sondern auch den preussischen Staat, der sich nach Massgabe seiner finanziellen Kraft bisher in weitgehendem Masse auch finanziell bei den Hilfsmassnahmen beteiligt hat, d.h. Verluste erlitten und Aufwendungen gemacht hat, von denen alle anderen Länder verschont geblieben sind. Preussen wird auch, wie bisher, in weitestgehendem Masse seine Fürsorge den notleidenden östlichen Bezirken angeeignet lassen und wird bei der Durchführung der jetzt in Aussicht stehenden grösseren Hilfsmassnahmen des Reiches vor allem darauf bedacht sein, dass sie sachgemäss erfolgen, d.h. so, dass der Wirtschaft nachhaltig geholfen wird. (Beifall).

Geradezu grotesk mutet es aber an, wenn unter Hinweis auf die Hilfsmassnahme für die östlichen Grenzbezirke in Bayern jetzt hervorgehoben wird, dass auch Bayern eine Ostgrenze habe und an den Reichsaufwendungen zur Osthilfe partizipieren müsse. Demgegenüber muss man doch die Frage aufwerfen: Wo sind in Bayern die neuen Grenzziehungen? Wo ist dort die gewaltsame Zerreissung des Staatsgebietes durch einen ausserstaatlichen Korridor? Wo sind dort Eisenbahnen, Wegeverbindungen und Wirtschaftsverbindungen an der Grenze gewaltsam zerrissen worden? Die Fragen aufwerfen, heisst, sie für jeden Einsichtigen auch beantworten und lässt erkennen, wie abwegig das bayerische Vorgehen auch in dieser Frage ist.

Man scheint sich überhaupt in gewissen ausserpreussischen Ländern allmählich daran gewöhnt zu haben, dass es recht und billig sei, auf Kosten Preussens sich Sondervorteile durch das Reich zuschanzen zu lassen. So hat es kürzlich in den beteiligten Kreisen auch den grössten Unwillen ausgelöst, dass bei der Zusammenlegung der Reichsversorgungsämter von Wiesbaden und Mainz der Sitz des Versorgungsamtes nicht nach Wiesbaden komme, das den grösseren Teil des gemeinsamen Versorgungsgebietes zu betreuen hatte, sondern nach Mainz gelegt worden ist. Sachliche, im Wesen des Versorgungsamtes liegende Gründe können dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn sie sprechen alle für Wiesbaden, sondern auch hier hat man sich wiederum von dem Bestreben leiten lassen, dem Lande Hessen auf Kosten Preussens einen Sondervorteil zukommen zu lassen. (Sehr richtig! b.d. Mehrheit) Ich habe mich bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck gegen diese Zurückstellung Preussens gewendet, habe aber den Eindruck, dass auch in dieser Frage, wie in ähnlichen, die preussenfeindliche Einstellung in verschiedenen Amtsstuben des Reiches den Ausschlag gegen Preussen gegeben hat. (Hört! hört!).

So wichtig es ist, den notleidenden östlichen Grenzbezirken zu helfen, darf aber nicht übersehen werden, dass, nachdem durch die konsequente Friedenspolitik der Reichsregierung, die von der preussischen Staatsregierung stets unterstützt worden ist, die Bevölkerung des Rheinlandes demnächst von jeder fremden Besatzung befreit wird, auch dort ausserordentliche Mittel aufgewendet werden müssen, um die wirtschaftlichen und sonstigen Schäden, die sich dort zeigen werden, zu heilen. (lebh. Zustimmung).

Eine offene Wunde bleibt nach dem Abzug der Besatzung aus dem Rheinland noch die Saarfrage. Seit Monaten wird verhandelt, um auch diese Frage zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, da die dortige Fremdherrschaft mit der nunmehr erfolgten Regelung der Reparationsfrage, die mit allen Kriegsfolgen aufräumen und einen Zustand allgemeiner Befriedigung schaffen soll, nicht in Einklang steht. Über die Einzelheiten dieser Verhandlungen und ihrem bis-

herigen Ergebnis können Mitteilungen noch nicht gemacht werden, jedoch möchte ich auch hier erneut hervorheben, dass sich die preussische Staatsregierung mit dem Reich und auch mit allen Kreisen der Saarbevölkerung in der Auffassung einigt, dass die Saargruben bedingungslos zurückgegeben und soweit es sich um Staatsgruben handelt, dem preussischen Staat wieder zur freien Verfügung zu stellen sind. Sollte eine frühere Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland und Preussen nur durch Uebernahme erheblicher Opfer zu erreichen sein, dann wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, man wartet noch die fünf Jahre ab, nach deren Ablauf eine bedingungslose Rückgabe nach dem Versailler Vertrag gewährleistet ist. (Sehr richtig)

Mir ist nicht bekannt, ob die Reichsregierung eine Amnestie anlässlich der Befreiung der Rheinlande beabsichtigt und in welchem Umfange sie erlassen werden soll. Die preussische Regierung wird sich einer solchen Amnestie, soweit sie Vergehen betrifft, die mit dem Besatzungsregime im Zusammenhang stehen, nicht widersetzen. Ich lege aber Wert darauf, auch hier schon zu erklären, dass die von gewissen Kreisen betriebene Einbeziehung der sogenannten Feme-Mörder, die durch Einzelbegnadigungen schon eine erhebliche Milderung ihrer Strafe erfahren haben, in eine solche Amnestie mit allem Nachdruck widersprochen werden müsste (Pfui=Rufe b.d.Nat.Soz. und Beifall b.d.Mehrheit). Denn die feigen, zum Teil bestialischen Mordtaten dieser Leute haben mit dem Besatzungsregime im Rheinlande, wie überhaupt mit Aussenpolitik nicht das Allergeringste zu tun.

Auch die Frage der Disziplinierung von Beamten, die sich entgegen der Erklärung der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung an dem Hugenberg'schen Volksbegehren aktiv beteiligt haben, ist im Ausschuss besprochen worden, auch liegt ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, der die Regierung ersucht, von allen weiteren disziplinarischen Massnahmen Abstand zu nehmen. Es ist im Ausschuss zur Begründung dieses Antrages hervorgehoben worden, dass das Volksbegehren erledigt sei und sein Misserfolg gezeigt habe, dass im Volke keine Stimmung für ein derartiges Vorgehen vorhanden sei, und dass es jetzt an der Zeit sei, einen Strich unter die ganze Angelegenheit zu machen und von weiteren Verfolgungen der in Frage kommenden Beamten Abstand zu nehmen. Demgegenüber kann ich nur erklären, dass die Dinge leider nicht so liegen, sondern die Herren vom Reichsausschuss zur Durchführung des Volksbegehrens haben ausdrücklich erklärt, dass dieses Volksbegehren nur der erste Auftakt gewesen sei zu weiteren ähnlichen Aktionen, die sich, wie die Agitation für das Volksbegehren gezeigt hat, nicht so sehr gegen den Young-Plan, der lediglich aus agitatorischen Gründen zum Vorwand genommen war (Lachen rechts), sondern vielmehr gegen das heutige republikanische Regime richtete. (lebh. Zustimmung b.d.Mehrheit). Es wäre daher eine ganz deplazierte Schwäche, wenn man jetzt von der Disziplinierung der Beamten, die sich aktiv für das Volksbegehren eingesetzt haben, Abstand nehmen wollte. Es werden daher die in die Wege geleiteten Massnahmen nach Massgabe der Beschlüsse des Staatsministeriums durchgeführt werden, schon um für die Zukunft vorbeugend zu wirken. (Lärm und Pfui=Rufe rechts, lebh. Beifall b.d.Mehrheit).

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den Behauptungen, die so oft in der Oeffentlichkeit laut werden und auch in den Ausschussberatungen ihren Widerhall gefunden haben, die preussische Regierung lasse sich bei ihren Regierungshandlungen vornehmlich von parteipolitischen und nicht staatspolitischen Erwägungen leiten (lärmendes Sehr wahr! b.d.Nat.Soz.), insbesondere ich, als Ministerpräsident, stelle einseitig meinen Parteistandpunkt in den Vordergrund. Diese Behauptung entbehrt jeder Berechtigung. Sie beruht auf einer völligen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Gewiss muss die Regierung unter dem parlamentarischen Regime bei ihrer Politik den Auffassungen und Grundsätzen der Parteien, die sie und ihre Politik stützen, Rechnung tragen, zwischen ihnen und

den staatspolitischen Notwendigkeiten die richtige Synthese zu suchen, in es werden die Staatsnotwendigkeiten stets das ausschlaggebende Motiv für die Politik der Regierung sein. (lebh. Beifall b.d. Reg. Parteien).

Abg. Schluchtmann (Soz.)

weist darauf hin, dass im Hauptausschuss viele Dinge behandelt worden seien, die überhaupt nicht zum Haushalt des Staatsministeriums gehörten. Was habe z.B. dieser Etat mit dem Rundfunk zu tun? Offenbar habe man an der grossen Linie=führung der Politik nicht viel auszusetzen gehabt (Zuruf rechts: Warten Sie nur ab!). Nicht nur das Ansehen Preussens, sondern auch das Reichsinteresse sei durch die Stabilität der Regierung in Preussen gefördert worden. Für die Personalpolitik sei das Innenministerium massgebend. Diese Politik müsse sich eben nach den Regierungsverhältnissen richten; das sei früher auch der Fall gewesen. Die Unterstützung der durch die Arbeitslosen bezw. Ausgesteuerten besonders belasteten Kommunen sei unbedingt nötig. Entweder müsse ein weiterer Abbau der Arbeitslosen=Versicherung unterbleiben, oder die Kommunen müssten einen entsprechenden Zuschuss erhalten. Auch in der Frage der Reichsreform müsse Preussen vorangehen. Die von den Unterausschüssen der Länder gemachten Reformvorschläge könnten nicht zu dem erstrebten Ziele führen; es wäre danach möglich, dass die Vielgestaltigkeit der Länder noch vergrössert wird. Viel aussichtsreicher sei eine Stärkung der Reichsgewalt, durch den Anschluss kleinerer Länder an Preussen. Die Versuche zur Beseitigung des Kabinetts Braun würden auch jetzt zum Scheitern verurteilt sein. Der Redner glaubt nicht, dass das Zentrum auf den Ausgleich Preussens gegenüber der politischen Spannung im Reiche verzichten werde. Das Verhältnis in Preussen werde einstweilen noch weiter bestehen bleiben, da es für das Reich eine innerliche Notwendigkeit sei. Das Reichskabinetts könne selbstverständlich auf die Mitarbeit Preussens bei Durchführung des Landwirtschaftsprogramms, der Saarverhandlungen usw. auf längere Zeit hinaus nicht verzichten. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Steuer (Dnat.) beklagte sich darüber, dass Staatsregierung und Staatsverwaltung fast völlig zum Werkzeug reiner Parteipolitik geworden seien. Er machte dafür den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun verantwortlich. Bei der Ernennung einer Anzahl von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten habe man sich nur nach der Stärke der Regierungsparteien gerichtet. Ministerpräsident Braun habe einfach als Generaldirektor eines Interessenten=Konzerns gehandelt, der die Ansprüche der Teilhaber auf einen "enner bringe. (Unruhe und Unterbrechungen bei den Soz.). Der krasseste Fall parteipolitischen Missbrauchs sei die Verdrängung der drei hannoverschen Landräte aus ihrem Amt, weil sie als Provinziallandtagsabgeordnete nicht abgestimmt hätten, wie es der sozialdemokratische Oberpräsident wünsche. Auf eine rein parteipolitische Einstellung sei auch das Stahlhelm=Verbot im Rheinland zurückzuführen.

Abg. Grebe (Ztr.) Der Young=Plan ist im Reiche von den Sozialdemokraten zusammen mit den anderen Parteien, auch mit der Zentrumsparlei, angenommen worden, weil alle Parteien dieselbe aussenpolitische Linie verfolgten. Es hätte erwartet werden müssen, dass die Sozialdemokratie im Reiche auch für die finanzpolitischen Auswirkungen loyalerweise zur Verfügung stände. Würde sie sich jetzt den innerpolitischen Konsequenzen des Young=Plans entziehen, so wäre das schon an sich betrachtet ein Verfahren, für das man aus rein staatspolitischen Gründen kein Verständnis aufbringen könnte. Wenn man sich aber die agitatorischen Formen besehe, die in der sozialdemokratischen Presse gegen das Kabinetts Brüning seit Wochen beliebt wurden, so könne allerdings keine Unklarheit darüber bestehen, dass dergleichen für das weitere staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preussen zum mindesten nicht förderlich sei. (lebh. Hört! Hört!) Nach der ganzen inneren Struktur des deutschen Staatswesens sei es nicht wohl möglich, jetzt eine Politik im Reichstag, ohne

jede Rücksichtnahme auf die Regierungsverhältnisse in Preussen zu machen. Dafür griffen die Dinge denn doch viel zu sehr ineinander über. Es wäre schon der Mühe wert, wenn sich die preussische Sozialdemokratie über diese Seite der Sache einmal ernstlich mit ihren Freunden im Reich unterhalten würde.

Ministerpräsident Braun

"Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Grebe (Ztr.) über das Verhalten der Sozialdemokratie zum neuen Reichskabinett und seine eventuellen Auswirkungen auf das staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preussen möchte ich folgendes erklären: Auch ich bedaure, dass die grosse Koalition im Reiche nicht von Bestand gewesen ist und dass die Differenzen über die Arbeitslosenversicherung zum Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung geführt haben. Zu der Vermutung aber, dass die Sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen der Annahme des Youngplanes entziehen wollte, oder in Zukunft entziehen will, liegt kein begründeter Anlass vor. Dass Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der innerpolitischen Massnahmen, die sich aus der Neuregelung der Reparationsfrage ergeben, bestehen und noch täglich neu auftauchen können, liegt in der Natur der Sache. Erwünscht ist es aber, dass diese Meinungsverschiedenheiten beiderseitig rein sachlich und unter Vermeidung persönlich verletzender Unterstellungen und Schärfen ausgetragen werden. Denn jede sich ihrer Verantwortung für das Staatsganze bewusste Partei muss auch in Oppositionsstellung, unbeschadet ihrer sachlichen Stellungnahme, ihr Auftreten, sei es im Parlament oder in der Presse, stets so einrichten, dass später ein Zusammenarbeiten mit den Parteien, zu denen sie zeitweilig in Opposition steht, möglich bleibt. Dass bei der Verbundenheit von Reichs- und Staatspolitik die Auseinandersetzungen im Reiche auch für die preussische Politik sich nicht gerade förderlich erweisen könnten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Indess ist die preussische Koalition schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Reichskoalitionen in verständnisvoller fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, so dass sie auch durch die derzeitige Situation im Reichstage meines Erachtens nicht gefährdet zu werden braucht." (Lebh. Beifall links und in der Mitte).

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) polemisiert eine Stunde lang gegen die Sozialdemokratie besonders im Reiche.

Abg. Stendal (D.V.P.): Politische Fehlgriffe der Preussischen Regierung werden uns niemals darin irre machen die Einheitlichkeit Preussens zu verteidigen. Das Versprechen des Ministerpräsidenten loyaler und rein sachlicher Zusammenarbeit mit der Reichsregierung nehmen wir entgegen. Wir vermissen in Preussen den Ernst zur grossen durchgreifenden Reformarbeit. Die Kirchenbehörden sind der preussischen Regierung gegenüber immer loyal gewesen. Die Republik darf deshalb auch der evangelischen Kirche ihr Recht nicht verweigern. Einzelne Ausschreitungen von Geistlichen beweisen so wenig, wie einzelne Entgleisungen von Reichsbannermitgliedern. (Otto Braun: Mit dem Reichsbanner schliesse ich keinen Staatsvertrag. - Heiterkeit). Aber Sie sollen ihm sonst nicht ganz fernstehen. (Heiterkeit) Eine kräftige Abwehr antireligiöser Ausschreitungen wird zur Befriedung des preussischen Volkes beitragen.

Abg. von Detten (W.Pt.) führt Klage, dass die Deutschnationalen dem Antrag auf Auflösung des Landtages nicht zugestimmt hätten. Nur eine homogene Regierung in Reich und Preussen könne die Wirtschaftskatastrophe abwehren.

Die Weiterberatung wird auf Freitag früh 10 Uhr vertagt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 8. Mai (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag stand auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung der Etat des Staatsministeriums. Ministerpräsident Dr. Otto Braun leitete die Beratungen mit einer kräftigen Ansprache ein, die wiederum bewies, dass er seine frische Entschlusskraft in vollem Umfange beisammen hat. Gegenüber der Kritik, die in der Ausschussberatung am letzten Montag geübt worden ist, blieb er dabei, dass er sich die Teilnahme am Volkstrauertag nicht vorschreiben lässt und sich vorbehält, auch an diesem Tage zu tun, was ihm richtig erscheint, z.B. des Zehnjahrestages des Kapp=Putsches zu gedenken.

In der Provinz Hannover hat Oberpräsident Noske als Präsident des Provinzial=Schulkollegiums die Schulleiter angewiesen, republikfeindliche Schülerverbände zu verbieten und nationalsozialistische Agitation an den Schulen nicht zuzulassen. Dagegen hat die Mehrheit des Provinziallandtages rebelliert, obwohl sie und die an ihrer Spitze stehenden drei preussischen Landräte ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden waren, dass die Angelegenheit garnicht zu ihrer Zuständigkeit gehört. Die drei Landräte sind zur Disposition gestellt worden, und Otto Braun erklärte am Donnerstag, dass es dabei bleibt, trotz aller Widersprüche und aller Drohungen mit der Loslösung Hannovers von Preussen. Die eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Beamte, die aktiv für das letzte Volksbegehren agitiert haben, werden ebenfalls nicht eingestellt, sondern durchgeführt, schon damit die Beamten in Zukunft wissen, woran sie sich zu halten haben. Eine Begnadigung der Fememörder - ihre Strafe ist schon sehr weitgehend herabgesetzt - lehnt das Preussische Staatsministerium und die grosse Mehrheit des Landtages ab.

Die übrigen Ausführungen Otto Brauns beschäftigten sich im wesentlichen mit der Stellung Preussens zur Reichsfinanzreform, zur Osthilfe und zur Rückgabe der preussischen Gruben im Saarrevier. Mit unwiderleglichem Material belegte der Preussische Ministerpräsident, dass sowohl die kleineren Länder, wie namentlich Bayern vom Reiche auf Kosten Preussen ausserordentlich bevorzugt werden. Bei der Machtstellung der Bayerischen Volkspartei im Reich wird sich daran in nächster Zeit leider nichts ändern.

Die Debatte, die von dem Abg. Schluchtmann (Soz.) mit klug abgewogenen Worten eingeleitet wurde, drehte sich um die Rückwirkung der letzten Regierungskrise im Reich auf Preussen. Die Deutschnationalen sind in Preussen teuflisch wild, jetzt endlich in die Regierung zu kommen. Ihr Redner, Abgeordneter Steuer, ein Volksversammlungsdemagoge niedrigsten Niveaus, gab sich nicht die geringste Mühe, ihr Verlangen nach Regierungsmacht zu kaschieren. Ob er aber mit seinen schmutzigen Bemerkungen über den Verfassungstag des 11. August und seinem ausdrücklichen Bekenntrnis zur Feindschaft gegen die republikanische Staatsform eine Annäherung zwischen Zentrum und Rechtsparteien wirklich gefördert hat, kann dahingestellt bleiben. Der Zentrumsredner Abg. Grebe lehnte jedenfalls sein Liebeswerben ziemlich unwirsch ab, unterliess es aber andererseits auch nicht, der Sozialdemokratie wegen ihres angeblichen Versagens bei der Reichsfinanzreform und wegen der Polemik ihrer Presse gegen Brüning Vorwürfe zu machen. Die Antwort des Ministerpräsidenten Braun liess erkennen, dass unmittelbare politische Konsequenzen aus dieser Verstimmung des Zentrums kaum zu erwarten sind.

Nach einer einigermaßen gescheiterten Oppositionsrede des Volksparteilers Stendal und einer umso dümmere des Wirtschaftsparteilers von Detten wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.
